

## Verhandlungsschrift

über die am **Montag, dem 13. Februar 2012,**  
in der Welser Stadthalle stattgefundene

### **17. Sitzung des Gemeinderates**

Beginn der Sitzung: 15.02 Uhr

Ende der Sitzung: 18.21 Uhr

Die Verhandlungsschrift der 16. Sitzung des Gemeinderates vom 12.12.2011 liegt zur Einsichtnahme auf.

## **A n w e s e n d e**

**Vorsitzender:** Bürgermeister Dr. Peter Koits

### **SPÖ-Gemeinderatsfraktion**

1. Vizebürgermeister Hermann Wimmer

Stadträtin (ohne Gemeinderatsmandat):

Silvia Huber

Gemeinderäte:

Hannelore Aigner

Stefan Ganzert

Ernst Kirchmayr

Johann Reindl-Schwaighofer

Mag. Sabine Brenner-Nerat

Klaus Hoflehner

Brigitte Lindlbauer

Karl Schönberger

Raimund Buttinger

Mag. Bernhard Humer

Mag. Petra Lipp

Barbara Wildfellner

### **FPÖ-Gemeinderatsfraktion**

2. Vizebürgermeister Dr. Bernhard Wieser

Stadträte (ohne Gemeinderatsmandat):

Gerhard Kroiß

Dr. Andreas Rabl

Gemeinderäte:

KommR. Willibald Baumgartner

Mag. Georg Parzmayr

Manfred Wiesinger

Dipl.-Ing. Gunter Haydinger

Mag. Günter Lehner

Christa Raggl-Mühlberger

Heribert Helm

Dietmar Marehard

Egon Schatzmann

### **ÖVP-Gemeinderatsfraktion**

3. Vizebürgermeisterin Anna Eisenrauch

Stadtrat (ohne Gemeinderatsmandat):

Peter Lehner

Gemeinderäte:

Dr. Peter Csar

Herbert Pernkopf

Walter Zaunmüller

Stefan Haböck

Brigitte Wartinger

Augustine Hacker

### **GRÜNE-Gemeinderatsfraktion**

Gemeinderäte:

Dipl.-Ing. Renate Leitinger

Mag. Elke Mayerhofer

Prof. Mag. Walter Teubl

### **Vom Magistrat:**

MDStv. SenR. Dr. Bernd Spitzer  
sowie leitende MitarbeiterInnen des Magistrates

### **Schriefführer:**

W.OAR. Johann Höpfl

Beate Wiesinger

### **Entschuldigt:**

GR. Margarete Josseck-Herd (FPÖ)

GR. Markus Wiesinger (ÖVP)

# Verlauf der Sitzung

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass

- a) die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde,
- b) die Verständigung gemäß der vorliegenden Einladung vom 07.02.2012 an alle Mitglieder des Gemeinderates schriftlich erfolgt ist und am gleichen Tage öffentlich an der Amtstafel kundgemacht wurde,
- c) die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Anfrage von GR. Mag. Elke Mayerhofer an Bgm. Dr. Koits betreffend Rahmen-Gleichbehandlungsprogramm (Frauenförderprogramm):

Bgm. Dr. Koits verliest die als Anlage 1 beigefügte Anfrage und erklärt, dass er diese aufgrund des Umfanges schriftlich beantworten werde, wobei allerdings das Antwortschreiben allen Fraktionen zur Verfügung gestellt wird.

Anfrage von GR. Dipl.-Ing. Leitinger an Bgm. Dr. Koits betreffend Errichtung eines BürgerInnenkraftwerkes durch die EWW AG:

Bgm. Dr. Koits verliest die als Anlage 2 beigefügte Anfrage und erteilt folgende Antwort:

Es gibt hiezu eine Stellungnahme der EWW AG, die ich an die Fraktionen schriftlich weitergeben werde. Grundsätzlich darf ich aber folgende Antwort geben.

Für Bürger, die keine Dachflächen zur Verfügung haben, ist das Bürgerbeteiligungsmodell ein adäquates Angebot. Die E-Werk Wels AG ist nicht durch Kopien bestehender Modelle stark geworden, sondern ist immer vorne bei den Neuentwicklungen dabei. So wird derzeit mit Herrn Norbert Rainer vom Klimabündnis Oberösterreich ein neues, verbessertes Bürgerbeteiligungsmodell entwickelt, sozusagen eine Version 2.0. Der Vorteil gegenüber den bekannten Modellen ist, dass die Anlage nach einer Beteiligungslaufzeit von etwa 13 Jahren in den Besitz der Stadt bzw. der Gemeinde übergehen kann. Grundlage für diese Aktivitäten sind die Förderrichtlinien der OeMAG, das ist die Abwicklungsstelle für Ökostrom AG, welche wegen der Deckelung heiß begehrt sind.

Zu erwähnen ist noch, dass die beschriebene Entwicklung in enger Abstimmung mit dem Referat LR. Anschober erfolgt. Diese Zusammenarbeit mit Landesrat Anschober ist mit ein Grund, dass die E-Werk Wels AG ein Vorzeigebetrieb in Sachen innovativer Umwelttechnologie ist. Dass durch zusätzliche Wertschöpfung eine anständige Dividendenleistung möglich ist, sollte nicht der Schaden für die städtische Finanzierung sein.

Selbstverständlich stehe ich als Vorsitzender des Aufsichtsrates der EWW AG allen Modellen der Erneuerung, die es auf diesem Gebiet gibt, offen gegenüber, denn es wäre ja nicht sinnvoll und zweckmäßig, würden wir uns zwar dem Thema der erneuerbaren Energien stellen, dann aber von vornherein derartige neue Ideen ausschließen.

Welches Ergebnis Überprüfungen letztendlich zeigen, ist auf der einen Seite mit Umweltschutzmaßnahmen bzw. Fakten zu belegen, auf der anderen Seite ebenso durch wirtschaftliche Daten.

Das soweit einmal meine Antwort dazu, die sie noch in ausführlicher Form erhalten werden.

### Mitteilungen des Bürgermeisters

#### a) Verein SAHWA; Subventionen der Stadt:

Bgm. Dr. Koits: Nachdem ich in letzter Zeit aus der Bevölkerung mehrmals auf den Verein SAHWA angesprochen wurde, vor allen Dingen bezüglich eventueller Subventionen oder Förderungen seitens der Stadt, möchte ich sie wie folgt informieren.

Der Verein SAHWA erhielt seit seiner Gründung keinerlei Unterstützung seitens der Stadt, weder finanziell noch sonst in irgendeiner Art und Weise. Beispielsweise haben andere Vereine von der Stadt unterstützte Deutschkurse abgehalten, nicht aber dieser Verein.

SAHWA wird nicht mehr am „Fest der Kulturen“ teilnehmen. Dazu gibt es bereits eine Vereinbarung mit der Volkshilfe, welche das „Fest der Kulturen“ in Kooperation mit anderen Vereinen organisiert.

Darüber hinaus hat es letzte Woche einen Termin mit der Islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich, genauer gesagt mit den Vertretern der Oö. Vereine, vor allem mit Vertretern des Oö. Gemeindeausschusses gegeben. Vier Personen aus den Welser Vereinen sind in diesem Gremium vertreten, insgesamt elf Personen. An diesem Gesprächstermin nahm auch der 1. Imam von Oberösterreich der Islamischen Glaubensgemeinschaft teil. Die Islamische Glaubensgemeinschaft bzw. deren Vertreter distanzieren sich dezidiert von Pierre Vogel und dessen Gedanken. Ebenso haben sich die anderen Vereine wie ADIB Wels, Union Islamischer Kulturvereine, der Verein Schafwiesenstraße, der Albanische Verein und das Bosnisch-Österreichische Kulturzentrum in der Eferdinger Straße ganz klar vom genannten Verein und vom besagten Pierre Vogel distanziert.

Das wollte ich ihnen zur Kenntnis bringen, weil ich vielfach auf diese Thematik angesprochen wurde.

b) GR. Augustine Zittmayr-Hacker; Namensänderung:

Bgm. Dr. Koits: Frau Gemeinderätin Augustine Zittmayr-Hacker hat ihren Namen auf Augustine Hacker geändert.

Ich bitte sie darum, dies in ihren Unterlagen entsprechend zu korrigieren bzw. festzuhalten.

Aktuelle Stunde

Bildung:

Bgm. Dr. Koits: Von der SPÖ-Gemeinderatsfraktion wurde zur heutigen „Aktuellen Stunde“ das Thema „Bildung“ bekannt gegeben und ich darf um eine erste Wortmeldung seitens der SPÖ-Fraktion ersuchen.

GR. Reindl-Schwaighofer: Wir von der Sozialdemokratischen Fraktion haben uns, animiert – das möchte ich gerne einräumen – durch den Antrag der Freiheitlichen Fraktion unter Punkt 4. der Tagesordnung, dazu entschieden, eine „Aktuelle Stunde“ zum Thema „Bildung“ zu beantragen, um deutlich darzulegen, welche Initiativen in diesem Bereich in den letzten Jahren schon unternommen wurden und wie ein Ausblick ausschauen könnte.

Es ist so, dass Zahlen, die jetzt auch durch die Medien geistern – es gab einen großen Bericht im „Kurier“ und ebenso in den „OÖ Nachrichten“ – zur Gänze auf Mikrozensus-erhebungen fußen, die vom Amt für Statistik herausgegeben wurden. Die letztverfügbaren Zahlen, die 2011 veröffentlicht wurden, stammen im Wesentlichen aus 2009. Und es ist so, dass sich dieser Befund, der im Antrag ein bisschen herausgearbeitet wird, schon mehr als zehn Jahre abzeichnet.

Wenn jetzt die FPÖ in ihrem Antrag schreibt, „wenn diese Zahlen stimmen, ist das erschreckend und fordert einen raschen Handlungsbedarf“, dann möchte ich das unterstreichen. Es ist ganz sicher so, dass diese Zahlen stimmen – sie sind nachlesbar – und ich möchte ihnen sozusagen den Succus bzw. die Verdichtung dieser Zahlen näherbringen.

Bei dieser Mikrozensus-erhebung wurde für Wels deutlich, dass über einen postsekundären Abschluss oder über einen Uni-Abschluss 12,3 % der Bevölkerung zwischen 19 und 59 Jahren verfügen. Über eine Matura verfügen 11,6 % der Personen, einen berufsbildende mittlere Schule haben 12,6% besucht und lediglich über einen Pflichtschulabschluss verfügen 26,3 % der Bevölkerung. Ich vermute, dass die Aussage des FPÖ-Antrages auf diesen 26,3 % basiert. Die höchste Zahl betrifft jene, die über einen Lehrabschluss verfügen; es sind das 37 % der Welserinnen und Welser.

Wir wissen, dass der Lehrabschluss die Ausgangsposition für viele persönliche Entwicklungen darstellt. Da gibt es die verschiedensten Slogans wie „Karriere mit Lehre“ und es gibt mittlerweile eine ganz wichtige Initiative, die von der Bundesregierung vor zwei Jahren ergriffen wurde, nämlich „Lehre mit Matura“, die als gute Möglichkeit auch noch

vom Landesschulrat finanziert wird, um nicht eventuell monetäre Voraussetzungen als Hinderungsgrund für Jugendliche bzw. „High Potentials“ zu haben.

Ich sagte zuerst, dass sich die Zahlen schon längere Zeit abzeichnen. Wenn man mit Fachleuten redet – ich habe versucht, in den letzten Tagen mit ein paar Fachleuten zu reden, die in diesem Bereich arbeiten – dann sagen einem diese, dass ein wesentlicher Bestandteil der Zahlen für Wels darin liegt, dass wir aufgrund des hier gegebenen Branchenmix noch immer sehr viele Betriebe haben, wo es keine oder nur eine geringfügige Berufsqualifikation zur Voraussetzung für eine Beschäftigung gibt. Das ist eine Tatsache, die sich in der Untersuchung spiegelt. Das ist sicher mit ein Grund, sich etwas näher damit zu befassen, ob man nicht im Bereich der Betriebsansiedlungen stärker darauf schauen sollte, dass die ansiedlungswilligen Betriebe etwas stärker forschungslastig sind, so wie wir das schon bei einigen wichtigen Betrieben in Wels vorfinden.

Wir hatten in den Jahren 2005 und 2006 aus der Erkenntnis heraus, dass die Entwicklung in der Stadt Wels eigentlich nicht ganz gut verläuft, eine lebhaft Diskussions darüber, ob wir als Stadt Wels als eine Maßnahme gegen negative Entwicklungen eine Produktionsschule errichten sollten; an diese Diskussion werden sich noch etliche hierherinnen sehr gut erinnern. Und wenn wir uns das rückblickend anschauen, soll für jene, die das nicht wissen können, weil sie noch nicht im Gemeinderat tätig waren, darauf hingewiesen werden, dass es eine große Studie darüber gegeben hat, was denn mit Jugendlichen nach der Pflichtschule passiert. Die wichtigste Erkenntnis daraus war jene, dass in Wels pro Jahrgang zwischen 40 und 60 Jugendliche aus dem System verschwinden bzw. sind sie für uns nicht mehr greifbar für berufliche Qualifikationen bzw. tauchen sie auch nicht mehr in irgendeiner weiterführenden Schule auf. Das Ergebnis dieser Studie war, dass sich das Berufsförderungsinstitut zusammen mit der Stadt, dem Arbeitsmarktservice Oberösterreich, Regionalstelle Wels und der Sozialabteilung des Landes Oberösterreich, Landeshauptmann-Stellvertreter Ackerl, diese Produktionsschule für Wels initiierte. Und wenn sie sich daran erinnern können, so war es leider die FPÖ-Fraktion, die sich hier im Gemeinderat die Zustimmung zu diesem Projekt versagte. Ich denke mir aber, dass dieses Stimmverhalten wohl mit der immer näher rückenden Gemeinderatswahl zu tun hatte und vernünftige Dinge nicht mehr ordentlich mit der FPÖ diskutiert werden konnten.

Wir haben also jetzt in Wels eine Produktionsschule, in der pro Jahr 200 bis 220 Jugendliche in einer Maßnahme integriert sind. Sie befinden sich zwischen 3 Monaten und maximal 1 Jahr in dieser Maßnahme. Wenn sie sich die Mühe machen, im Internet nachzusehen – dort wurden diverse Zahlen veröffentlicht – dann werden sie selbst feststellen können, dass die Vermittlungsquote auf Folgemaßnahmen, die vom Lehrabschluss bis hin zu anderen Qualifizierungsmaßnahmen reichen, eine sehr hohe ist.

Weiters möchte ich darauf hinweisen, dass wir hier in Oberösterreich die dritte, und in ganz Österreich die fünfte Produktionsschule eröffnet haben. Und wir waren vom Konzept her so zukunftsweisend, dass wir jetzt daran sind, die Produktionsschule von 40 permanenten Plätzen auf 52 Plätze auszubauen. Für diese Ausweitung gibt es natürlich Gründe und einer ist eben jener, der uns heute dazu brachte, über diese Angelegenheit zu diskutieren, nämlich der, dass noch immer zu viele Jugendliche einfach aus dem System verschwinden und uns in der Berufswelt abgehen werden.

Hier möchte ich noch zu einem kleinen Diskurs auf die demografische Entwicklung kommen. Sie wissen doch – das kann man über die Medien sehr gut verfolgen – dass die Industrie und das Gewerbe immer stärker nach Fachkräften suchen. Da gibt es tolle unterschiedlichste Diskussionen etwa in der Richtung, dass man doch Fachkräfte aus Polen oder sonst wo herbringen könnte, aber andererseits kommt man offenbar nicht auf die Idee, dass wir ein Reservoir im eigenen Land haben.

Ich möchte also speziell darauf hinweisen, dass jeder Jugendliche, der uns aus dem System verloren geht, ein Jugendlicher ist, der uns nicht als Fachkraft zur Verfügung steht, der nicht seinen Beitrag zum Gemeinwohl erbringt und der potentiell ein Jugendlicher ohne Perspektiven ist, das heißt, wir werden dann wohl in anderen Bereichen, etwa im sozialen oder im polizeilichen Bereich, mehr Geld ausgeben müssen. Uns muss also klar sein, dass wir Initiativen brauchen, um unsere Zukunft absichern zu können.

Ich möchte auf eine weitere Sache hinweisen, die von der Sozial- und Jugendstadträtin Silvia Huber, Herrn Othmar Kraml vom AMS Wels und mir initiiert wurde. Wir haben lange Zeit auf Basis verschiedener Zahlen oder Daten darüber diskutiert, was man in Wels machen könnte, um einen weiteren Lückenschluss in diesem Bereich zustande zu bringen. Und der Bürgermeister hat dann unter dem Projektnamen „Zukunft Jugend Wels“ eine große, wie ich sagen würde, Fach- und Expertenbesprechung, ein Meeting – das Wort „Bildungskonferenz“ möchte ich jetzt nicht in den Mund nehmen, weil sie sonst noch sagen, dass das ihre Bezeichnung ist – einberufen. Dabei wurde darüber diskutiert, wie denn die Initiativen der Stadt Wels aussehen bzw. was wir noch zusätzlich machen könnten. Und ich möchte nur noch darauf hinweisen, wer bei diesem Meeting anwesend war. Es war der Präsident der Oö. Wirtschaftskammer, Herr Trauner, anwesend, von der Welser Wirtschaftskammer Herr Dr. Spiesberger und der Obmann Franz Lehner, der AK-Präsident Dr. Kalliauer, von der Welser AK Frau Dr. Michaela Petz und von der Stadt Wels Frau Vizebürgermeisterin Eisenrauch, Herr Stadtrat Lehner, Frau Stadträtin Huber und weiters nahm Frau Barbara Pitzer teil, also insgesamt wesentliche Akteure am Spielfeld der Weiterbildung, wenn man so will.

Die neueste Geschichte betrifft jetzt die Erhebung „Welser Arbeitsmarktqualifikation“. Ich möchte darauf hinweisen, dass es diesbezüglich im April eine Präsentation geben wird und diese soll dann die Gesamtergebnisse für uns zugänglich machen. Eine Zahl darf ich bereits nennen. Es haben 5.436 Welserinnen und Welser diesen Fragebogen ausgefüllt bzw. zurückgeschickt. Das ist ein toller Erfolg und diese Gesamtbeteiligung lässt auf sehr wertvolle Zahlen hoffen.

Abschließend möchte ich noch darauf hinweisen, dass der heute noch auf der Tagesordnung stehende Antrag der FPÖ-Fraktion von uns Sozialdemokraten mitbeschlossen wird. Ich darf aber jetzt schon alle Kräfte im Gemeinderat dazu aufrufen, gemeinsame Schritte zu unternehmen, damit wir strategisch und auch inhaltlich in diesem Bereich gut weiterkommen.

Wir schlagen vor, dass wir analog zum Kulturbeirat für den Welser Gemeinderat einen Bildungsbeirat initiieren. Darin sollten wir die verschiedensten Akteure von Wels einbinden, um sie einerseits in die Mitverantwortung zu nehmen, andererseits gemeinsam Projekte zu entwickeln.

Damit danke ich für ihre Aufmerksamkeit.

StR. Kroiß: Geschätzter Kollege Johnny Reindl-Schwaighofer! Ich verstehe die anscheinend von dir initiierte „Aktuelle Stunde“ nicht, denn es liegt ja heute ohnehin ein Antrag zum Thema „Bildung“ vor. Aber wenn die FPÖ ein Thema aufgreift, reagiert offenbar die SPÖ-Fraktion reflexartig und glaubt, schon vor dem entsprechenden Tagesordnungspunkt etwas sagen zu müssen. Insgesamt soll dies aber kein Problem sein bzw. freut es mich, dass die SPÖ-Fraktion beim Thema „Bildungskonferenz“ mit uns einer Meinung ist.

Wie wir heute auch von dir hörten, stimmt es, dass in Wels an die 30 % der jungen Leute im Alter von 20 bis 24 Jahren über keine abgeschlossene Berufsausbildung verfügen. Diese Zahl ist wirklich sehr erschreckend.

Wenn man sich überhaupt das Thema „Bildungsarmut in Oberösterreich“ anschaut und wenn man sich die Ursachen vergegenwärtigt, dann sieht man für den Fall einer nicht-deutschen Muttersprache der Jugendlichen, dass es ein zwei- bis dreifaches Risiko bedeutet, über keine Berufsausbildung zu verfügen. Es bedeutet weiters ungefähr ein dreifaches Risiko, zu keinem Beruf zu kommen, wenn die Eltern nur über eine geringe Berufsausbildung verfügen oder bei einem geringen Bildungsstandard bedeutet dies das zweifache Risiko. Und wenn man in einer Stadt wohnt, bedeutet dies sowieso ein 1,7-faches Risiko, keine Berufsausbildung zu erhalten. Und diese Zahlen, was die Bildungsarmut in Oberösterreich betrifft, kann man meines Erachtens 1 zu 1 auf Wels umlegen.

Es liegen also diverse Zahlen, Daten und Fakten bereits auf der Hand und ich bin der Meinung, dass das, was wir aufgrund der Auswertung der in Wels durchgeführten Befragung noch erhalten, ganz, ganz wichtig ist. Tatsache ist aber, dass jetzt schon ein sehr breites Datenmaterial vorliegt, welches bestimmt auch auf die Stadt Wels zutrifft.

Facharbeiter werden jedenfalls dringend gesucht, wie du schon sagtest. In den Städten Linz, Wels und Steyr, die boomen, sucht man fast verzweifelt nach Facharbeitern, auf der anderen Seite haben wir aber Jugendliche, die keine Berufsausbildung erhalten. Sie haben teilweise schon das Problem, den Anforderungen eines Facharbeiterberufs gar nicht mehr gewachsen zu sein. Ich glaube somit, dass wir mit der Bildung schon weit früher beginnen müssen, also weit bevor die Leute womöglich in eine Produktionsschule kommen. Zumindest sagte man bisher von den Produktionsschulen, dass mit deren Hilfe versucht wird, die Leute zu animieren, dass sie überhaupt einmal zeitig in der Früh aufstehen, um rechtzeitig zur Arbeit oder Schule zu kommen. Dann soll man sich an einen gewissen Rhythmus gewöhnen, etwa jenen, dass es um 10 Uhr die erste Pause gibt. Es werden also in dieser Schule die einfachsten Anforderungen gestellt. Wir meinen aber, dass man mit gewissen Dingen schon viel früher, beispielsweise in der Volksschule beginnen muss. Dabei muss man beispielsweise bedenken, dass 15 bis 20 Prozent der Schulabbrecher als Analphabeten die Schule verlassen. Diesen Wert von 15 bis 20 Prozent muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen. Diese Leute, die weder lesen noch schreiben können, soll man in weiterer Folge in einem Beruf unterbringen? Das ist wohl ganz, ganz schwierig. Und darum sagen wir, dass man diese Bildungskonferenz abhalten soll, um sozusagen rasch etwas in Angriff nehmen zu können.

Weitere Ausführungen unsererseits kommen dann erst bei jenem Antrag, der von unserer Seite eingebracht wurde und auf der heutigen Tagesordnung steht.



Bgm. Dr. Koits: Ich kann dem von den beiden Rednern Gesagten nur zustimmen.

StR. Lehner: Ich danke einmal für die doch sehr überraschende „Aktuelle Stunde“. Lieber Johann Reindl-Schwaighofer! Für die ÖVP ist es ganz wichtig, dass das Thema „Bildung“ nicht zu kurz kommt. Bildung ist das, was wir als unseren Rohstoff bezeichnen. In Österreich gibt es praktisch keine Bodenschätze und deshalb ist die Bildung der Mitarbeiter als eines der wichtigsten Dinge zu sehen, die wir in unserer Gesellschaft brauchen, ganz egal, ob es darum geht, in einem Produktionsbetrieb tätig zu sein oder sonst in der Wirtschaft, im Sozialbereich oder wo auch immer.

Eines ist mir aber angesichts dessen, was bisher gesagt wurde, schon wichtig. Es ist ganz sicher nicht der Fall, dass vielleicht die Betriebe „schuld“ daran haben, dass wir ein schlechtes Bildungsniveau haben oder dass Mitarbeiter schlecht ausgebildet sind. Ganz im Gegenteil wird nämlich in den Betrieben sehr viel unternommen, um die Mitarbeiter zu qualifizieren, sie in der Ausbildung zu unterstützen oder zusätzliche Bildungsangebote anzunehmen. So lebt unter anderem das Bfl davon, dass die Betriebe die Fortbildung unterstützen und die Mitarbeiter zu Schulungen bzw. Weiterbildungskursen schicken. Das ist wichtig für beide Seiten und stellt eine Win-win-Situation dar.

Der zweite Vorwurf, der gekommen ist, ist jener, dass die Betriebe am Import von Billig- arbeitskräften interessiert sind. Ich glaube, das ist genauso wenig der Fall und ich bin ganz sicher, dass mit der „Austria Card“ ein Instrument geschaffen wurde, das genau diesen Punkt einbezieht. Damit verbunden wird nämlich darauf geachtet, dass diejenigen, die nach Österreich kommen, bereits über eine Ausbildung verfügen, eine Qualifikation und somit einen wesentlichen Beitrag für die Wirtschaft in Österreich leisten können, somit für unser Gemeinwohl bzw. für uns insgesamt.

Die Bildung ist somit ein sehr, sehr wichtiger Punkt. Und es ist das ein Punkt, zu dem wir als Stadt immer wieder unseren Beitrag leisten können. Hier gibt es beispielsweise im Schulbereich sehr viele Aktivitäten, die von unserer Bildungsreferentin Anna Eisenrauch in hervorragender Art wahrgenommen werden. Es werden sehr wichtige Schritte in Kooperation mit jenen gesetzt, die heute schon genannt wurden, etwa die Wirtschaft oder die Arbeiterkammer, aber auch der Bezirksschulrat. Letzterer spielt immer wieder eine wichtige Rolle, und zwar in Kenntnis der Situation vor Ort. Wir haben es hier mit positiven Dingen bzw. mit positiv gewachsenen Strukturen zu tun. Und ich denke, wir müssen wirklich intensiv daran arbeiten, dass es nicht mehr passiert, dass so viele ungebildete Jugendliche zu einem sehr hohen Prozentsatz den Weg in die Arbeitslosigkeit finden. Der beste Schutz gegen Arbeitslosigkeit ist nun einmal in der Bildung zu sehen und diese müssen wir auch in der Stadt Wels intensiv vorantreiben.

GR. Elke Mayerhofer: Das Thema dieser „Aktuellen Stunde“ ist die Bildung und dass mit der Bildung einiges im Argen liegt bzw. mit unserem Bildungssystem, das wissen wir nicht erst seit gestern, sondern schon sehr lange. Und dass sich im Bildungsbereich nur sehr wenig, und das sehr mühsam, bewegt, das ist ebenfalls kein Geheimnis. Uns ist wohl allen bekannt, dass sich grundsätzlich etwas am Schulsystem ändern muss, aber tatsächlich ändert sich nur sehr wenig.

Die Stadt Wels bemüht sich sehr darum, die „Neue Mittelschule“ nach Wels zu holen. Es findet quasi eine Umwandlung der Hauptschule in eine neue Schulform statt, was bestimmt ein wichtiger Schritt ist, aber es darf nicht bloß bei einer Namensänderung bleiben, das heißt, es muss auch ein pädagogisches Umdenken erfolgen. Es kann nicht

mehr das ganzheitliche Lernen im Vordergrund stehen, das heißt, es muss auch eine individuelle Betreuung der Schülerinnen und Schüler möglich sein.

Weiters ist wichtig, die Lehre als solche aufzuwerten. Die Lehre muss ihren entsprechenden Wert bekommen und darf nicht so dastehen, als würde sie in unserer heutigen Bildungsgesellschaft nichts bedeuten. Ein Lehrabschluss ist eigentlich genauso gleichwertig wie ein Uni-Abschluss, wenn ich jetzt einen Bezug zum vielzitierten Fachkräftemangel herstellen darf.

Wir begrüßen ebenfalls diese Initiative zu Abhaltung einer Bildungskonferenz und erhoffen uns einen Erkenntnisgewinn für die Stadt Wels und dass wir diesen ummünzen können.

GR. Reindl-Schwaighofer: Tenor und Übereinstimmung bei dieser Diskussion ist wohl, dass wir eine Vielzahl von Maßnahmen brauchen, um den Anforderungen, die sich in diesem Bereich stellen, gerecht werden zu können.

Wenn Herr Stadtrat Lehner quasi von einer Unterstellung sprach, dann hoffe ich sehr, dass er das eigentlich nur falsch verstanden hat. Darum ging es nämlich echt nicht. Vielmehr ist es als wissenschaftlicher Befund zu sehen, dass der Branchenmix zu dem führt, was ich zuerst ausführte.

Und zum Zweiten stelle ich die Frage in den Raum, wer von uns eigentlich nicht diese berühmte Diskussion um die Schweißer oder sonstige Metallarbeiter kennt, bei der es immer hieß, dass wir uns diese Leute vom Ausland holen müssten, weil sie hier nicht verfügbar sind. Das habe ich jedenfalls gemeint.

Ich glaube, dass der Rohstoff, von dem du gesprochen hast, in unserer Gesellschaft begründet ist. Da gibt es einerseits unsere jungen Leute, die einen Wegweiser brauchen, eine Unterstützung, oftmals eine zweite Chance, damit sie sich beruflich etablieren können und wir haben andererseits ein großes Feld an Personen, die aus anderen Ländern zu uns kamen und die sehr viel Potential mitbringen, auf das gebaut werden könnte. Und diesbezüglich gibt es schon sehr viele Initiativen, von denen ich ein paar erwähnen darf.

So gibt es in Wels überbetriebliche Lehrwerkstätten von Installationsbetrieben, wo es eben um die Ausbildung zum Installationstechniker geht oder es reicht das bis hin zur Werkzeugmacherausbildung, zur Ausbildung als Koch oder Kellner. Die Leute, die daraus hervorkommen, werden sehr gerne von der Wirtschaft angenommen.

Was wir aber speziell brauchen, das sind Initiativen für jene, die uns sozusagen von der Schule heraus entwischen, die nach dem Schulbesuch gar nicht beim Arbeitsservice auftauchen. Diese jungen Leute müssen oder können wir hoffentlich in verschiedenen Maßnahmen unterbringen.

Ich bedanke mich grundsätzlich für die geführte Diskussion. Wir können ja heute auch noch gemeinsam diesen Vorschlag auf Abhaltung einer Bildungskonferenz umsetzen. Und beim entsprechenden Tagesordnungspunkt können wir noch weitere Initiativen auf den Weg bringen, nicht nur jene bezüglich Einsetzung eines Bildungsbeirates.

Bgm. Dr. Koits: Ich darf noch die Feststellung treffen, dass alle ehemaligen öffentlichen Hauptschulen in Wels nunmehr in „Neue Mittelschulen“ umgewandelt sind, und das schon seit dem Vorjahr. Allerdings können diese Neubenennungen in Verbindung mit einem Partner aus dem Bereich „Höhere Schulen“ nur ein erster Schritt sein, das heißt, es müssen noch viele Schritte folgen, damit tatsächlich der Begriff „Neue Mittelschule“ eine starke Berechtigung hat.

Dringlichkeitsantrag der ÖVP-Gemeinderatsfraktion, betreffend Abschluss einer Kooperationsvereinbarung mit dem Klinikum Wels-Grieskirchen über die Verwaltung von städtischen Alten- und Pflegeheimen:

Bgm. Dr. Koits verliest den als Anlage 3 beigefügten Dringlichkeitsantrag und lässt so dann – nachdem keine Wortmeldung bezüglich Dringlichkeit gegeben ist – abstimmen.

Dem Antrag wird die Dringlichkeit mit

gegen 31 Ja-Stimmen (SPÖ-, FPÖ- und ÖVP-Fraktion)  
3 Nein-Stimmen (GRÜNE-Fraktion)

zuerkannt.

Der Bürgermeister stellt fest, dass der Sachantrag bezüglich dieser Kooperationsvereinbarung am Ende der Sitzung behandelt wird.

Berichterstatter Vizebürgermeister Dr. Bernhard Wieser

1.)

Beschluss des Gemeinderates der Stadt Wels,  
mit dem die Friedhof-Tarifordnung 2005 ergänzt wird  
(2. Novelle zur Friedhof-Tarifordnung 2005)  
SB-Fh-46-2012

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Umwelt-, Energie- und Abfallwirtschaftsausschuss am 31.01.2012, der Gemeinderat möge die als Anlage 4 beigefügte 2. Novelle zur Friedhof-Tarifordnung 2005 beschließen.

Einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Stadtrat Gerhard Kroiß

2.)

Straßenbauprogramm 2012;  
Grundsatzbeschluss  
BauD-BauS-21-2012

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Verkehrs- und Straßenbauausschuss am 24.01.2012:

Das als Anlage 5 beigefügte Straßenbauprogramm 2012 wird grundsätzlich genehmigt.

GR. Wartinger: Ich möchte einen kleinen Teil des Straßenbauprogramms herausnehmen, einen Punkt, der mir sehr wichtig ist. Dabei möchte ich allerdings nicht über die Wichtigkeit einer Autobahnabfahrt reden, denn die steht für mich sowieso fest. Gerade Sportstätten sind für unsere Stadt sehr wichtig – diese fördern die Bewegung, tragen zur Integration bei, fördern den Teamgeist etc. – aber auch Betriebsansiedlungen bedeuten für eine Stadt sehr viel, denn sie bringen einerseits neue Arbeitsplätze, die gerade für Wels sehr wichtig sind, wo doch bei uns die Arbeitslosigkeit wieder gestiegen ist, andererseits sorgen verschiedene Einnahmen wie die Kommunalsteuer ganz allgemein für mehr Wohlstand in Wels.

Baut man aber eine Autobahnabfahrt, so muss man sich natürlich diverse Begleitmaßnahmen mit überlegen. Es ist wichtig, sich über weiterführende Straßen Gedanken zu machen, denn über diese werden ja die Fahrzeuge im Endeffekt weitergeführt bzw. stellen diese Straßen die Zubringer zur Autobahn dar. Und da ist ersichtlich, dass die einfachste Lösung nicht immer die beste ist. Der enorme Verkehr in der Albrechtstraße wird durch die Zufahrt über die Primelstraße um einiges erhöht. Eine andere Variante der Zu- und Abfahrt über die Moosbachstraße wäre bestimmt sinnvoller. Eine Planung gibt es ja hiezu schon, weil es bereits vor ein paar Jahren eine Planung für den FC-Wels-Platz gegeben hat. Bei dieser Planung führt eben der Weg über die Moosbachstraße. Da würde man nicht durch verbautes Siedlungsgebiet fahren und es gäbe eine große Entlastung der Albrechtstraße, wo es jetzt schon teilweise zu enormer Staubildung kommt.

Auch bei Einrichtung eines Kreisverkehrs würde der Stau nicht geringer, denn durch die nahe kleine Unterführung und die dann folgende Ampel-Kreuzung bringen wir ganz einfach nicht mehr Autos weg. Es stellt fast schon eine Träumerei dar, wenn man meint, ein Kreisverkehr könnte mehr Autos wegbringen, denn falls es bei dieser kleinen Unterführung und der dortigen Ampel staut, dann reicht die davor stehende Kolonne vielleicht bis zum Kreisverkehr zurück. Und käme dann auch noch eine Autobahnabfahrt über die Primelstraße, käme es noch zu einem höheren Verkehrsaufkommen, das noch schlechter bewältigt werden könnte.

Sieht man sich an, wie viel Lärm um die Brachvögel am Flugplatz gemacht wurde, als es um das AC/DC-Konzert ging, dann meine ich, dass es doch noch erheblich wichtiger

wäre, sich um Welser Bürger zu sorgen und ihnen nicht noch mehr Lärm und Autoabgase zuzumuten, noch dazu als es eine andere bzw. sinnvollere Variante gäbe.

GR. Ganzert: Für mich ist die Kommunikation in einer Stadt ein sehr wichtiges Element und wichtig in Hinblick auf die Kommunikation sind auch die Straßenverbindungen. Straßen verbinden ja nicht nur Menschen, die Bürger, die Bevölkerung, sondern bringen viel an Mobilität. Es ist allerdings nicht nur darauf zu achten, wen sie verbinden, das heißt, Straßen haben auch andere Aufgaben, beispielsweise möglichst viel an Sicherheit für die Benutzer zu erreichen. Es sind aber genauso die Befindlichkeiten der Anrainerinnen und Anrainer einzuplanen.

Vom Referent wurden schon einige Projekte genannt und ich möchte jetzt nicht unbedingt auf diesen oder jenen Punkt speziell eingehen. Ich darf mich allerdings sehr bei allen Kolleginnen und Kollegen hier herinnen bedanken, die im Vorjahr dazu beigetragen haben, dass wir überhaupt ein Budget bekommen haben, denn ohne einen Haushalt wären wir nicht in der Lage, ein Straßenbau- bzw. ein Straßenerhaltungsprogramm zu beschließen. Genauso könnten wir in nächster Zeit die vielen weiteren Punkte in den folgenden Sitzungen nicht beschließen, hätten wir keinen geordneten Haushalt zur Verfügung.

Ich möchte mich aber auch beim Ausschuss für den Straßenbau bedanken und nicht zuletzt bei der Baudirektion, die ja maßgeblich an der Erstellung dieses Programms mitwirkte.

Wir als Sozialdemokratische Fraktion werden diesem Programm zustimmen.

GR. Raggl-Mühlberger verlässt vorübergehend die Sitzung um ca. 15.45 Uhr.

GR. Prof. Mag. Teubl: Die Frau Kollegin Wartinger hat hier das Thema „Autobahnabfahrt Wimpassing“ angesprochen, wozu allerdings vorweg klarzustellen ist, dass diese Autobahnabfahrt im vorliegenden Straßenbauprogramm nicht enthalten ist. Es geht hier lediglich um eine Aufschließung, welche die Primelstraße in Richtung Autobahn verlängern soll, was im Zuge der dort geplanten Ansiedelung von Betrieben eine sinnvolle Maßnahme darstellt.

Wir wissen also, dass eine Autobahnabfahrt geplant ist und ebenso wissen wir, dass eine Verlängerung der Primelstraße hin zur Autobahn geplant ist. Wir von der GRÜNEN-Fraktion sind aber bekanntlich die Einzigen, die nicht haben wollen, dass eine weitere Autobahnabfahrt errichtet wird. Wir sind die Einzigen, die finden, dass Wels mit 4 ½ Autobhnauffahrten nördlich der Traun schon genug solcher Abfahrten hat, die Einzigen, die finden, dass ein LKW einen Kilometer bis zur nächsten Autobahnabfahrt in Wels-West weiterrollen kann, aber das alles ist jetzt nicht Gegenstand dieses Straßenbauprogramms.

Wir stimmen diesem Straßenbauprogramm deshalb zu, weil es genau diese Autobahnabfahrt nicht enthält. Lediglich die Primelstraße soll um ein paar Meter verlängert werden, um eben die Betriebe, die dort an der Autobahn situiert werden sollen, entsprechend anschließen zu können, womit dann eine Zufahrt zur Albrechtstraße bzw. hin zur Auffahrt in Wels-West möglich wird. Das ist sinnvoll. Nicht sinnvoll erscheint uns aber die Errichtung eines weiteren Autobahnanschlusses, nur haben wir damit das kleine Problem, dass dieser Anschluss von ihrer Fraktion vehement befürwortet wird.

GR. Pernkopf: Alle Jahre wieder, kann man sagen. Das Straßenbauprogramm, in dem es um Neubauten und um Erhaltungsmaßnahmen geht, ist sozusagen ein Fixpunkt im Jahresablauf. Dieses Programm ist äußerst wichtig und es stellt sich natürlich die Frage, ob hier alles vollständig angeführt ist. Aus unserer Sicht ist das nicht der Fall.

Bezüglich des Autobahnanschlusses Wimpassing ist es – hier muss ich dem Kollegen Teubl schon widersprechen – aus unserer Sicht sehr wohl notwendig, einen solchen Anschluss zu bauen. Es wäre beispielsweise eine noch stärkere Belastung der Oberfeldstraße für die Anrainer nicht mehr zumutbar. Und im Hinblick auf eine Abfahrt bei der ASFING sind ganz einfach Sicherheitsbedenken gegeben bzw. technische Gründe, die man nie ausräumen kann. Somit ist es dort ganz einfach nicht möglich, auf- oder abzufahren. Aus diesem Grund stellt sich diese Möglichkeit gar nicht zur Debatte bzw. ist ganz einfach an anderer Stelle solch eine Auf- und Abfahrt notwendig.

Aus unserer Sicht ist aber die sekundäre Streckenführung besonders wichtig, denn da geht es nun mal um die betroffenen Bürgerinnen und Bürger in unmittelbarer Nähe. Und die Kollegin Wartinger hat es schon angesprochen: Da ist natürlich darauf zu schauen, dass bei solch einer Neuplanung keine Fehler gemacht werden.

Die Vogelweide-Unterführung ist eigentlich schon seit 2009 auf der Agenda, schon lange überfällig und wirklich ein Schandfleck. Tag für Tag wird jedenfalls die Situation dort nicht besser. Generell ist anzusprechen, dass bei Unterführungen – das betrifft auch jene draußen zur Primelstraße hin – doch darauf geachtet werden sollte, dass die entsprechenden Begleitmaßnahmen gesetzt werden. Die Bürgerinnen und Bürger, die entlang solcher Strecken wohnen bzw. leben, dürfen nicht länger über die Maßen beansprucht werden. Bei Lärm und Abgasen ist in einzelnen Bereichen eine sehr hohe Belastung gegeben bzw. ist dort oder da die Belastungsgrenze wahrscheinlich schon übertroffen.

Eine Verkehrsberuhigung in neuer Form bzw. in der neuen Art fehlt mir eigentlich in Anlehnung an „Scherz Bes“ vollkommen. Denkt man in die Zukunft, wäre diesbezüglich schon eine gewisse Notwendigkeit gegeben. Wie kann man alles, was zum Verkehr zählt – Straßenverkehr, Radverkehr usw. – besser vereinen?

Und wenn ich jetzt schon bei den Radwegen angelangt bin, muss ich sagen, dass uns schon noch ein paar wichtige Punkte fehlen. Es fehlt leider noch der Lückenschluss zwischen der Vogelweiderstraße und Wimpassing entlang der Neinergutstraße. Ich weiß schon, dass das mit dem Sekundärstraßennetz zusammenhängt, aber man sollte das trotzdem rasch angehen. Die Bevölkerung in Laahe wächst auch immer mehr an. Und wenn man noch zusätzlich bedenkt, dass nun wahrscheinlich doch eine neue Sportanlage in Wimpassing zur Errichtung gelangt, ist es doch von großer Wichtigkeit, dass man dort zu Fuß oder mit dem Rad auf gesicherten Wegen hinkommt. Das ist also ein sehr wichtiger Punkt, der nicht vergessen werden sollte.

Ein paar allgemeine Themen darf ich ebenfalls noch anführen, beispielsweise das Park-and ride im nördlichen Bahnhofsbereich, also draußen in der Neustadt. Gott sei Dank hält die neue „Westbahn“ mit allen Garnituren in Wels, aber wir brauchen sonst ebenfalls gewisse Begleitmaßnahmen wie eben eine ordentliche Parksituation in der Neustadt. Damit also der öffentliche Verkehr noch attraktiver wird, braucht es entsprechender Maßnahmen für die Kundschaft. Man braucht ganz einfach die Möglichkeit, gleich in der Nähe des Bahnhofs vom Auto auf die Bahn umsteigen zu können.

Abschließend möchte ich noch generell sagen, dass meiner Meinung nach der öffentliche Linienverkehr in Wels noch nicht erledigt ist. Es fehlt nach wie vor – da sind wir uns mit den GRÜNEN einig – die Anbindung des Rathauses an den Linienverkehr. Wir brauchen diese Anbindung ganz einfach. Wenn man schon Energiehauptstadt sein will, dann gehört das einfach dazu. Also, ein bisschen mehr Mut und mehr Visionen wären wünschenswert.

Jedenfalls werden wir aber diesem Straßenneubau- und Straßenerhaltungsprogramm die Zustimmung geben.

StR. Lehner: Es ist ganz einfach notwendig, als Wirtschaftsreferent noch eine kurze Stellungnahme zum Thema des Autobahnanschlusses abzugeben.

Von den GRÜNEN, von Walter Teubl war die Rede davon, dass diese Autobahnabfahrt bzw. Autobahnauffahrt heuer noch nicht im Programm steht. Das ist deshalb so, weil das heurige Jahr für diverse Vorarbeiten benötigt wird. Und es ist wirklich wichtig für die Wirtschaft und auch für die Welser Bevölkerung, über einen möglichst kurzen Anschluss verfügen zu können. Je kürzer solche Wege sind, desto geringer ist die Belastung für die Bevölkerung. Wenn ich mir beispielsweise das Verkehrsaufkommen in der Oberfeldstraße ansehe oder in jenem Bereich, von dem Gitti Wartinger sprach, muss ich sagen, dass es notwendig ist, durch lange Wege nicht zusätzlich Verkehr zu produzieren, sondern eine Verkehrsreduzierung durch einen möglichst kurzen Zugang zum Hochleistungsstraßennetz zu erreichen. Das wollen wir für die Mitarbeiter künftiger Unternehmen erreichen und damit insgesamt für uns in der Stadt, denn solche Voraussetzungen sind wichtig, um als Wirtschaftsraum erfolgreich sein zu können.

GR. Prof. Mag. Teubl: Sehr geehrter Herr Stadtrat, da muss ich natürlich schon replizieren. Wenn sie nämlich damit argumentieren, dass die geplante Autobahnabfahrt quasi im Sinne der Bürgerinnen und Bürger wäre, dann kann ich dazu nur sagen, dass eine Autobahnabfahrt noch nie Verkehr beseitigte, sondern immer nur zusätzlichen Verkehr brachte.

Selbstverständlich wird jeder Vogelweider, der vom Norden kommt, nicht bis Wels-West weiterfahren, wenn er schon vorher eine Abfahrt zur Verfügung hat. Und selbstverständlich wird dieser Verkehr über die Primelstraße und die Albrechtstraße mitten durch das Wohngebiet führen. Und somit wird selbstverständlich diese Autobahnauffahrt dafür sorgen, dass eine zusätzliche Belastung der Anrainerinnen und Anrainer erfolgt, das heißt, wir würden damit keinesfalls im Sinne einer Verkehrsverminderung wirksam werden.

Wir sollten also meines Erachtens die Diskussion über diese Ab- oder Auffahrt zur Autobahn sehr wohl weiterführen, denn hier treten schon verschiedene Interessen in Kollision zueinander. Man sollte sich das schon sehr genau ansehen.

StR. Kroiß: Der Kollege Teubl sagte bereits, dass die GRÜNEN gegen diesen Autobahnanschluss in Wimpassing sind und ich muss hier doch den Kollegen Peter Lehner unterstützen. Wenn wir schon danach trachten, neue Wirtschaftsbetriebe nach Wels zu bekommen, dann brauchen wir diese Autobahnabfahrt. Eines ist doch bei solchen Dingen klar: Wenn jemand ein grundsätzliches Interesse daran zeigt, einen Betrieb in Wels anzusiedeln, dann wird er auch gleich fragen, wo sich die nächste Autobahnabfahrt befindet.

Und wenn der Kollege Teubl die Meinung vertritt, dass solch ein LKW ruhig den einen Kilometer Umweg über Wels-West fahren kann, haben wir doch genau das, was er irgendwo bestreitet, das heißt, der Schwerverkehr wird von Wels-West durch das Wohngebiet in Richtung Betriebsbaugebiet geleitet. Genau das wollen wir aber nicht haben.

Gitti Wartinger sagte zuerst, dass die einfachste Lösung nicht immer die beste ist. Das ist schon klar und deshalb suchen wir ja ohnehin nicht die einfachste, sondern die beste Lösung. Und die suchen wir im Einvernehmen mit den Anrainern, denn es ist wohl klar, dass wir Begleitmaßnahmen nicht ohne Einbindung der Anrainer setzen werden.

Wenn aber gesagt wird, dass man den Verkehr auch über die Moosbachstraße ziehen könnte, also nicht über die Primelstraße, dann darf ich mir den Hinweis erlauben, dass die Moosbachstraße ebenso in die Albrechtstraße mündet. Der Verkehr wäre damit auch nicht einfach weg. Tatsache ist jedenfalls, dass wir diese Begleitmaßnahmen natürlich mit den Anrainern besprechen werden.

Der Kollege Pernkopf sagte, die Vogelweide-Unterführung sei ein Schandfleck, worin ich ihm Recht gebe. Nur, wenn wir aus eigenem diese Renovierung zahlen, dann freut sich das Land darüber und letztlich werden wir als Zahler allein übrig bleiben. Ich bin selbst nicht glücklich über die jetzige Situation.

Mit dem Park-and-ride beim Bahnhof ist es auch so ein Problem. Du weißt aber vom Ausschuss her, dass die Verhandlungen mit den ÖBB oft sehr mühsam sind.

Und wenn du sagst, dass man bezüglich des öffentlichen Verkehrs mehr Mut und Visionen haben sollte, dann stimme ich dir zu, andererseits muss man aber auch Realist bleiben. Wenn ich keine Leute habe, die mit dem Bus zum Rathaus fahren, weil die Strecke nur sehr kurz ist, dann wird mich das finanziell wahrscheinlich etwas kosten.

Ansonsten danke ich aber für die positiven Wortmeldungen.

Bgm. Dr. Koits: Was das Thema der Autobahnauf- oder -abfahrt in Wimpassing anbelangt, kann ich ihnen aus vielen Gesprächen mit Vertretern der Stadt Linz sagen, dass die Stadt Linz froh darüber wäre, über so viele Auf- und Abfahrten wie wir zu verfügen, denn da hätte man ein höherrangiges Straßennetz der relativ kurzen Wege. Und je schneller wir von der Innenstadt weg die Kraftfahrzeuge auf ein höherrangiges Straßennetz bringen, umso besser ist es beispielsweise – das sage ich jetzt ganz bewusst – in Hinblick auf die Feinstaubbelastung, in Bezug auf den Klimaschutz etc., und zwar neben allen anderen Argumenten wie dem Hinweis auf notwendige Arbeitsplätze und Unternehmen, die uns auch sonst noch etwas bringen.

Der Antrag zu Punkt 2. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.



3.)

Initiativantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend Verwaltungsreform  
DI-Verf-034-2012

Bgm. Dr. Koits verliert vorweg den als Anlage 7 beigefügten Zusatzantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion.

StR. Kroiß: Bei diesem Tagesordnungspunkt geht es um eine Resolution an das Land Oberösterreich, wodurch wir uns als Stadt Wels zu einer Verwaltungsreform etwa unter Zusammenlegung von Bezirksverwaltungsbehörden zu größeren Einheiten – das könnten beispielsweise die Bezirkshauptmannschaft Wels-Land und der Magistrat der Stadt Wels sein – bekennen.

Dem Zusatzantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion können wir als Freiheitliche inhaltlich voll zustimmen. Es hat fast den Anschein, als hätte hier die SPÖ das Verwaltungsreformprogramm der FPÖ abgeschrieben, denn diese Dinge stammen aus einem Papier, das die FPÖ schon vor etwas längerer Zeit präsentierte.

Wenn wir in schwierigen Zeiten immer von der Schuldenbremse und vom Spargedanken sprechen, dann ist an sich das Thema Verwaltungsreform nicht weit weg. Und wir sollten endlich ein erstes wichtiges und richtiges Zeichen in Hinblick auf eine längst überfällige Verwaltungsreform setzen. Dass es beispielsweise in Wels zwei Bezirksverwaltungsbehörden gibt, nämlich die BH Wels-Land und den Magistrat, das brauche ich wohl nicht länger zu erläutern. Und dass beide örtlich nicht gerade weit auseinander liegen, das ist wohl auch allen bekannt. Und ich bin mir sicher, dass es den Bürgern an sich egal ist, ob sie in die Herrengasse gehen müssen, wenn sie etwas Bestimmtes erledigen wollen oder vielleicht in das Rathaus, eventuell in die Pfarrgasse. Was aber den Bürgern sicher nicht egal ist, das ist der Umstand, dass die Politik zwar immer vom Sparen spricht, aber halt leider sehr oft nur bei den Bürgern gespart wird. Und so wäre es eben dringend nötig, nicht immer nur über mehr Steuereinnahmen zu reden, sondern auch darüber, wie wir sozusagen im eigenen bzw. im öffentlichen Bereich etwas tun bzw. mehr sparen können.

Diese Verwaltungsreform wäre halt ein wichtiger Schritt, aber natürlich müsste von unserer Seite aus der Grundsatz gelten, dass wir als Stadt für die Erbringung von mehr Leistungen auch das entsprechende Geld haben wollen. Der Stadt Wels müssten also die Kosten für die reformierten Bezirksverwaltungsbehörden sehr wohl zur Gänze abgegolten werden. Abgesehen davon sind wir uns sicher, dass wir im Gegensatz zur geplanten Ausdünnung bestehender Behörden durch das Land Oberösterreich in Form einer 5-prozentigen Personalkosteneinsparung mit diesem Reformvorhaben die Leistungen für die Bevölkerung auf alle Fälle erhalten, wenn nicht sogar verbessern können.

Ich ersuche sie deshalb, diesem Initiativantrag (Anlage 6) der FPÖ-Gemeinderatsfraktion die Zustimmung zu erteilen.

Vzbgm. Wimmer: Gestatten sie mir aus meiner Sicht ein paar Worte zu dieser Angelegenheit, insbesondere den Zusatzantrag der SPÖ-Fraktion betreffend.

Der Kollege Kroiß hat heute da und dort Wahrnehmungsmängel, was ich schon bei der Bildungs-Debatte feststellen musste. Kroiß meinte nämlich, der Kollege Reindl-Schwaighofer hätte irgendetwas abgekupfert, aber Tatsache ist, dass der Kollege Reindl-Schwaighofer genau das aufzeigte, was schon lange vor Stellung dieses Initiativantrages durch die Freiheitlichen in unserer Stadt passiert ist. Genauso wenig wurde dieser SPÖ-Zusatzantrag von irgendeinem FPÖ-Programm abgeschrieben, denn solch ein Programm ist mir ja gar nicht bekannt. Ich wäre also nicht in der Lage, dort etwas abzuschreiben. Trotzdem muss ich einräumen, dass unser Zusatzantrag abgeschrieben ist, aber von einer eigenen Aussendung der SPÖ Wels vom Vorjahr. Wir haben uns nämlich im Vorjahr sehr intensiv mit dem Thema einer Verwaltungsreform für Oberösterreich und für Wels beschäftigt und wir haben die heute per Zusatzantrag eingebrachten Punkte bereits im Vorjahr publiziert.

Ich habe mir gestern in der Fernsehsendung „Im Zentrum“ ganz genau die Wortmeldungen des oberösterreichischen Landeshauptmannes zu Gemüte geführt. Der dort in sehr insistenter Weise gefragt wurde, warum in diesem Spar- oder Konsolidierungspaket so wenig an strukturellen Reformen enthalten ist. Dazu sagte er, dass man sich jetzt einige Monate Zeit zum Nachdenken lassen müsse, ehe man vielleicht vorschnell irgendwelche Entscheidungen trifft. Und so sage ich nunmehr, dass selbstverständlich nicht alles, was heute in Form dieser Resolution oder dieses Zusatzantrages zur Beschlussfassung ansteht, unbedingt als Stein der Weisen zu sehen ist. Man kann also diese angesprochene Zeit nutzen, um auch darüber zu diskutieren.

Genauso habe ich mit großem Interesse die im Vorjahr begonnene Debatte auf Landesebene zwischen der Bildungs-Landesrätin und dem Präsidenten des Landesschulrates verfolgt, wobei ja die Bildungs-Landesrätin gar nicht so weit entfernt von unserem Antrag war, soweit es die Schulbehörden betrifft. Allerdings wurde sie von Vertretern ihrer Partei sehr vehement zurückgepfiffen.

Und ganz aktuell ist die Debatte darüber – diese geht ebenfalls auf einen Vorschlag der Bildungs-Landesrätin zurück – ob man nicht die Direktionen der Schulen mehr einbinden sollte, wenn es um die Anstellung von Lehrern geht. Genau darauf wird in unserem Zusatzantrag Bezug genommen. Geht hier diese Kompetenz über, dann frage ich mich wirklich, was denn die externen Schulbehörden noch für Aufgaben in Zukunft haben würden.

Aber, wie schon gesagt, es handelt sich hier um einen Denkanstoß in der Richtung, was eventuell in Wels umgesetzt werden könnte und was andererseits auf oberösterreichischer Ebene in Angriff genommen werden sollte, wobei ja das, was auf Landesebene geschieht, in vielen Fällen unmittelbare Auswirkungen auf die Städte und Gemeinden des ganzen Bundeslandes hat. Wenn also zuletzt den Ländern ein Sparziel von insgesamt 5,2 Milliarden Euro aufgebürdet wurde, dann wird dieses Gesamtpaket nicht ausschließlich durch Maßnahmen finanziert, die auf Ebene der Länder ergriffen werden. Wir wissen ohnehin schon aufgrund diverser Diskussionen, die auf Landesebene laufen, dass auch die Gemeinden in die Pflicht genommen werden.

Auf der anderen Seite heißt das, dass umso mehr versucht werden muss, strukturelle Reformen auf Landesebene herbeizuführen, damit dort entsprechende Einsparungen erzielt werden können und die Städte und Gemeinden vielleicht doch nicht so stark in die Pflicht genommen werden müssen.

Ich würde also darum ersuchen, das Ganze als Denkanstoß und Beitrag in Hinblick auf die aktuelle Diskussion zu sehen. Ich persönlich bin so wie die SPÖ-Fraktion davon überzeugt, dass auch in Oberösterreich etwas im strukturellen Bereich geschehen muss, wobei ja in den vergangenen Monaten oder Jahren schon viele Maßnahmen eingeleitet wurden.

Und ich ersuche darum, unserem Zusatzantrag die Zustimmung zu geben, wobei wir selbstverständlich auf der anderen Seite dem vorliegenden Initiativantrag die Zustimmung geben werden.

StR. Dr. Rabl: Der gegenständliche Antrag hat eigentlich eine ganz klare und einfache Absicht, nämlich jene, den Gesetzgeber auf Landes-, vielleicht auch auf Bundesebene endlich zu veranlassen, das, was von dieser Seite her schon jahrelang versprochen wurde, wirklich durchzuführen.

Natürlich gibt es in dieser Angelegenheit Erinnerungslücken, sowie sie auch Herr Vizebürgermeister Wimmer aufweist. Wir verlangen eigentlich schon Jahrzehnte lang die Zusammenlegung von Bezirkshauptmannschaften. Einer der ersten in diesem Zusammenhang war Herr Vizebürgermeister Wieser, der meinte: Geben wir doch das Statut auf, damit das Land, speziell die BH Wels-Land, die Agenden des Magistrates Wels übernehmen kann. Damals gab es ein großes Wehklagen in den Reihen der SPÖ. Oje, Oje, hieß es, das können wir doch nicht machen! Aber natürlich könnten wir es machen! Andererseits glauben wir, dass die umgekehrte Lösung, so wie wir sie jetzt vorschlagen, durchaus besser wäre.

Natürlich gibt es bei solchen Zusammenlegungen gewisse Probleme, aber ein Punkt liegt mir besonders am Herzen und gehört besonders hervorgehoben. Es handelt sich dabei um das Problem der Mehrfachförderungen.

Diese Mehrfachförderungen stellen ein Problem dar, das uns Hunderte Millionen Euro kostet und ich möchte ihnen an dieser Stelle ein Fallbeispiel schildern, das einen Verein aus Linz betrifft, wobei es in Wels ebenfalls derartige Problemfälle gibt. Da gibt es also den Verein Maiz, einen Integrationsverein. Dieser Verein wird von 19 verschiedenen Stellen der Republik Österreich gefördert, nämlich von 6 Ministerien, von 6 Abteilungen der Stadt Linz, von 4 Abteilungen der Landesregierung, von 2 Abteilungen der EU und von 1 Abteilung der Wirtschaftskammer. In der Stadt Linz fördern die Abteilungen Arbeit, Soziales, Integration, Gesundheit, Finanzen und die sechste habe ich vergessen, was aber an dieser Stelle unerheblich ist. Was jedoch dieses Beispiel zeigt, ist, dass es leider unumgänglich ist, Förderungen zu bündeln. Es kann doch nicht sein, dass so viele verschiedene Stellen Förderungen an einen Verein zahlen und die einzelnen Stellen untereinander womöglich gar nicht wissen, wer oder was alles fördert oder gefördert wird bzw. wie hoch die Förderungen im Einzelnen sind. Wir brauchen somit einen klaren Überblick, eine Transparenzdatenbank, wobei es eigentlich egal ist, ob diese auf Bundes-, Landes- oder Gemeindeebene vollzogen wird. Wichtig ist jedenfalls, einen klaren Überblick zu erhalten, wobei diesbezüglich die Stadt Wels genauso säumig ist. In der Stadt Wels gibt es nämlich genauso Vereine, die von unterschiedlichen Abteilungen der Stadt gefördert werden oder auch noch von sonstigen Stellen. Hier gilt es ganz einfach zuzupacken und die Frage anzugehen, was wir tun können oder wollen.

Wir haben in Wels seit dem Jahr 2010 einen Lenkungsausschuss. Dieser soll Sparpotentiale der Stadt heben, eine wichtige Aufgabe. Diese ist so wichtig, dass jetzt ca. 1 ½ Jahre Beratungen geführt wurden, ehe es zu einem Beschluss kam, der allerdings noch immer nicht umgesetzt ist. Ich bin aber guter Hoffnung, dass diese Umsetzung vielleicht doch irgendwann, etwa bis zum Sommer dieses Jahres erfolgt sein wird. Reicht uns dies aber? Nein, es reicht uns nicht aus, weil das, was der Lenkungsausschuss an Sparpotential gehoben hat, ist viel zu wenig, um den Sparpfad, den die Stadt Wels braucht, tatsächlich umsetzen zu können.

Wir brauchen endlich einmal eine kritische Aufgabenkontrolle. Wir müssen wissen, ob alles, was die Stadt Wels derzeit macht, auch in Hinkunft gemacht werden soll. Und wenn wir alles wie bisher machen, stellt sich die Frage, ob das wirklich mit diesem jetzt schon vorhandenen Verwaltungsapparat passieren muss. Brauchen wir tatsächlich so viele Abteilungen und Dienststellen beim Magistrat oder gibt es sehr wohl Möglichkeiten, dort oder da etwas zusammenzulegen? Das ist ebenfalls ein Thema, mit dem man sich im Lenkungsausschuss nicht ausreichend befasste.

Wir kennen also unsere Aufgabenstellung seit Jahren und nachdem wir alle so klug sind, dass wir das seit Jahren wissen, stelle ich die Frage, ob wir dementsprechend handeln. Und die Antwort ist leider: Nein! Es passiert viel zu wenig!

Insgesamt heißt das Folgendes. Ich hoffe zwar, dass der Bund seine Aufgaben erledigt, aber das Spar- oder Steuerpaket ist meiner Meinung nach nicht in der Lage, diese Aufgaben zu erfüllen, weil in diesem Zusammenhang keine strukturellen Erfordernisse erfüllt wurden. Ich würde mir wünschen, dass das Land etwas macht, wofür es schon Ansätze gibt. Ich nenne als Beispiel die Spitalsreform, aber das ist alles in allem noch zu wenig. Es gilt, noch mehr zu tun, weshalb es ja diesen vorliegenden Antrag gibt. Das Ganze gilt aber genauso für die Stadt Wels, wo wir ebenfalls Reformen durchführen müssen. Ich würde mir wünschen, dass das in Wels sehr engagiert passiert, so wie wir uns das eben wünschen bzw. eigentlich hätten wir dieses Engagement bereits in der Vergangenheit gerne gesehen.

Somit sind alle zusammen – Bund, Land, Gemeinden – angehalten, entsprechend zu sparen und sich ihre eigenen Strukturen zu überlegen. Es hatte doch seine Gründe, warum wir zur Überlegung kamen, dass wir auch bei uns selbst sparen müssen. Und das betrifft genauso die Anzahl der Gemeinderatsmitglieder, die Anzahl der Stadtsenatsmitglieder und ebenso die Anzahl der Vizebürgermeister. All dort ist ein Sparpotential gegeben und schauen wir deshalb dazu, dieses Potential umzusetzen.

Bgm. Dr. Koits übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Wimmer.

GR. Prof. Mag. Teubl: Wir GRÜNE sind selbstverständlich für eine Verwaltungsreform, und zwar auf allen Ebenen.

Dem Herrn Stadtrat Rabl muss ich jetzt allerdings schon etwas sagen. Meines Wissen, nach waren die Freiheitlichen doch einige Jahre an der Regierung beteiligt, es ist mir aber von dieser Zeit auf Bundesebene nichts in der Richtung bekannt, dass es irgendeine Initiative bezüglich Verwaltungsreform gegeben hätte. Das Einzige, was mir bekannt ist, das ist, dass freiheitliche Regierungsmitglieder versucht haben, sich selbst zu bereichern und das Geld in die eigene Tasche zu bringen. Das war jedoch bestimmt nicht der Beitrag zur Verwaltungsreform, den wir uns an sich wünschen würden.

Wir müssen aber auch sehen, dass wir bezüglich der Bezirksverwaltungsbehörden, die in diesem Resolutionstext vorkommen, überhaupt keine Kompetenz haben. Es geht somit darum, dass sich etwas im Landtag abspielen muss. Und angesichts dessen handelt es sich hier um eine Resolution an den Landtag. In einer Resolution kann man natürlich viel vorschlagen, aber mir persönlich ist wichtig, dass tatsächlich etwas passiert. Ob es sich dabei um die Zusammenlegung von Bezirksverwaltungsbehörden zu größeren Einheiten handeln soll, darüber kann man allerdings doch verschiedener Meinung sein. Es klingt natürlich sehr gut, wenn man von Zusammenlegungen spricht, aber was bringen diese wirklich? Einsparungen sind damit nicht automatisch verbunden. Bleibt das Personal so, wie es ist und bleibt die Infrastruktur im bisherigen Ausmaß erhalten, dann wird tatsächlich keinerlei Einsparungseffekt erzielt.

Prinzipiell scheint es durchaus vorstellbar, dass es in Wels nur mehr eine einzige Behörde gibt, welche Pässe ausstellt. Das könnte für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Wels genauso wie für jene des Bezirkes Wels-Land von einer Behörde aus geschehen. Das erscheint durchaus sinnvoll und es wird sicher viele Dinge geben, für die die gleiche Vorgangsweise sinnvoll erschiene und deshalb denke ich mir, dass man sich im Einzelnen eine Zusammenlegung von Aufgaben vorstellen kann.

Ich getraue mir allerdings auf Anhieb nicht zu sagen, ob es grundsätzlich sinnvoll wäre, Bezirksverwaltungsbehörden zusammenzulegen, denn natürlicherweise gibt es in den verschiedenen Bezirken teils unterschiedliche Aufgabenstellungen oder Themen, etwa auch im Vergleich mit einer Statutarstadt. Ansonsten hätte man ja eigentlich gar nicht Statutarstadt werden müssen.

Bei einer Verwaltungsreform, so meine ich, geht es zunächst einmal darum, sich in aller Ruhe zu überlegen, wo welche Aufgaben am sinnvollsten, am effizientesten und mit der größten Bürgernähe erfüllbar sind. Die große Frage ist somit jene, wo Aufgaben sinnvollerweise anzusiedeln sind. Und hier, denke ich, sollte man ein tabuloses Herangehen an diese Frage pflegen. Dabei hilft uns schon allein der Blick über die Grenzen hinaus nach Bayern. Immerhin ist Bayern ein Bundesland, das größer wie ganz Österreich ist und wir sehen, dass es in Bayern Landkreise gibt, die größer als das Bundesland Oberösterreich sind. Die kleinsten Verwaltungseinheiten können also in Bayern größer sein wie unser ganzes Bundesland. Dementsprechend gefällt mir der Vorschlag der SPÖ in ihrem Zusatzantrag ganz gut, der darauf abzielt, die Bezirkshauptmannschaften insgesamt in Frage zu stellen. Vielleicht könnten es lediglich 5 oder 6 Bezirkshauptmannschaften sein. Das wäre wahrscheinlich eine mögliche Größenordnung, denn vier Viertel hat das Land, und dann spielen sicher noch andere Einheiten eine Rolle wie etwa der Zentralraum oder das Salzkammergut. Immerhin scheint es sehr wohl möglich, größere Einheiten zu schaffen als die heutzutage bestehenden 18 Bezirke. Ich meine, dass wir in Oberösterreich nicht unbedingt 18 Bezirke brauchen.

Man muss aber auch schauen, welche Dinge möglichst nahe bzw. an den jeweiligen Wohnorten der Bürgerinnen und Bürger stattfinden können. Im Antrag der Freiheitlichen ist tatsächlich die Rede davon, dass die Dienstleistungen möglichst nahe am jeweiligen Wohnort der Bevölkerung erbracht werden sollen. Dem stimme ich natürlich vollkommen zu. Ob diese Dienstleistungen unbedingt bei den einzelnen Gemeinden angesiedelt werden sollen, ist aber genauso zu hinterfragen. Ich kenne nämlich umgekehrt Dinge, von denen ich meine, dass diese am besten von der einen oder anderen Gemeinde woanders hinverlagert werden sollten. Ich denke hier beispielsweise an die Raumordnung. Die Zersiedlung in Oberösterreich ist schließlich in der Weise zu verant-

worten, dass die jeweiligen Bürgermeister unter dem Druck ihrer Bekannten oder ihrer Gemeindegemeinderinnen und Gemeindegemeinder stehen und so diversen Dingen zustimmen, die nicht unbedingt positiv für das jeweilige Landschaftsbild sind. Hier wäre ich also eher dafür, die Verantwortung eine Ebene höher anzusiedeln, wo eine gemeindeübergreifende Entscheidung eher möglich ist, eine Entscheidung, die frei vom Druck der jeweiligen Bevölkerung ist und somit allein diversen Sachüberlegungen unterworfen ist.

Eine andere Argumentationslinie in diesem Antrag besteht darin, dass es demokratiepolitisch besser wäre, die Bezirksverwaltungsbehörden zusammenzulegen. Daran habe ich allerdings auch so meine Zweifel. Das wird etwa damit begründet, dass in Linz, Wels und Steyr demokratisch legitimierte Bürgermeister den Verwaltungseinheiten vorstünden, aber das ist nur zum Teil richtig. Es wird zwar beispielsweise der Welser Bürgermeister von den Wahlberechtigten aus Wels gewählt, aber dieser würde dann, wenn es kommt, so wie sie sich das vorstellen, auch über Angelegenheiten von Steinhaus oder Fischlham entscheiden. Ob nun die Bürgerinnen und Bürger aus den Landgemeinden diese Tatsache goutieren würden – sie sind ja bei der Wahl des Welser Bürgermeisters nicht wahlberechtigt – oder ob die es demokratiepolitisch gesehen so super fänden, würde die Statutarstadt Wels in ihren Angelegenheiten entscheiden, das möchte ich jetzt einmal dahingestellt lassen.

Bei allen positiven Ansätzen in beiden Anträgen – es sind in beiden Anträgen Ansätze erkennbar, die durchaus in die richtige Richtung gingen – gibt es also doch Dinge, die man sich noch gründlich überlegen sollte. Dass beispielsweise wir als kleine Fraktion nicht begeistert sind von der Überlegung, die Mandate im Gemeinderat der Stadt Wels zu reduzieren, das können sie sich bestimmt vorstellen. Abgesehen davon glaube ich nicht, dass damit verbunden ein erheblicher Einsparungseffekt zu erzielen wäre. Das sind also die berühmten Peanuts, die man zwar gut verkaufen kann, die aber in Wirklichkeit nicht wahnsinnig viel im finanziellen Bereich bringen.

Zusammenfassend sei gesagt, dass wir sehr wohl für eine Verwaltungsreform sind, für viele dieser Vorschläge, aber wir können sowohl dem Antrag der FPÖ als auch dem Zusatzantrag der SPÖ nicht voll zustimmen und werden uns deshalb in beiden Fällen der Stimme enthalten.

Bgm. Dr. Koits: Gestatten sie jetzt auch von meiner Warte aus einige Anmerkungen.

Den Ausführungen des Herrn Dr. Rabl könnte ich sehr viel abgewinnen und manches sogar doppelt unterstreichen .....

Zwischenruf Vzbgm. Dr. Wieser: Das ist ja etwas ganz Neues!?

Bgm. Dr. Koits: Das soll es sehr wohl geben! ..... und zwar für den Fall, dass er nicht Mitglied des von ihm angesprochenen politischen Lenkungsausschusses „Reformprogramm 2010+“ wäre. Dort konnte nämlich jedes Mitglied – dabei handelt es sich um die Referenten bzw. Stadtsenatsmitglieder und die Personalvertretung – alle Wünsche oder Anliegen einbringen.

Zwischenruf StR. Dr. Rabl: Das haben wir gemacht!

Bgm. Dr. Koits: Ich war noch nicht fertig, Herr Dr. Rabl! Also, von den Fraktionen wurden sehr wohl diverse Vorschläge eingebracht und wir haben uns am Ende in diesem

Lenkungsausschuss einstimmig darauf verständigt, dass das beschlossene Programm in seinen einzelnen Teilen den jeweiligen Referenten zur Bearbeitung zugeteilt wird und diese sollen bis zum 30. Juni das vorlegen, was von ihrer Warte aus in ein Umsetzungsprogramm hineinkommen kann oder was schon erledigt wurde. Ich bin schon sehr gespannt darauf, wer dabei am weitesten vorangekommen sein wird, egal ob das Herr Dr. Rabl ist, Koits, Wimmer, Frau Eisenrauch, Herr Dr. Wieser, Kroiß, Lehner oder Frau Huber. Da ist aber bestimmt noch einiges drinnen, wo es einen Diskussionsbedarf geben wird. So hat Herr Dr. Rabl hundertprozentig dieses Programm nicht nur einmal, sondern bestimmt zwei- oder dreimal durchgelesen und dabei wird er festgestellt haben, dass selbstverständlich das von ihm auch heute angesprochene Thema der Förderungen oder Subventionen in diesem Programm aufscheint. Und es steht drinnen, dass selbstverständlich diese Förderungen, die von den einzelnen Ressorts gewährt werden, zu durchforsten sind bzw. haben gewisse Anpassungen stattzufinden. Wir möchten im Zuge von Einsparungen nicht einfach nach dem Gießkannenprinzip über alle Förderungen fahren und einfach generell einen bestimmten Prozentsatz streichen. Vielmehr geht es darum, nach Wichtigkeit oder Bedeutung die entsprechenden Maßnahmen zu setzen.

In diesem Reformprogramm sind aber auch die von ihnen, Herr Dr. Rabl, angeschnittenen strukturellen Maßnahmen enthalten. Derzeit haben wir 9 Abteilungen und geplant sind 7, derzeit haben wir 43 Dienststellen, wobei laut Reformprogramm 33 Dienststellen vorgesehen sind. Ich muss allerdings dazu sagen, dass ich mir nicht ganz sicher bin, ob wir das tatsächlich in dieser Dimension schaffen werden bei einer vernünftigen Regelung.

Sie haben sicher gelesen, dass es darum geht, Aufgaben eventuell anderen zu übertragen, die sie genauso oder noch günstiger als wir erledigen können. Sie haben im Programm bestimmt gelesen, dass die Zusammenarbeit mit den städtischen Beteiligungsbetrieben EWW AG oder Messe zur Verpflichtung wird. Und es sollen hier ebenfalls bis zum 30.06. konkrete Vorschläge auf dem Tisch liegen.

Ich werde bis zum 31. März einen ersten Zwischenbericht von den Abteilungen anfordern, um zu erfahren, wie weit sie bisher gekommen sind und ob bzw. inwieweit zusammen mit den jeweiligen Referenten eine entsprechende Durchforstung erfolgte. Wenn dabei schon Zahlen auf dem Tisch liegen, kann man diese durchaus schon jetzt gemeinsam nach außen tragen. Da bin ich 100-prozentig dafür, denn es soll ja ein gemeinsames Werk werden.

Herr Mag. Teubl ist gerade nicht im Saal anwesend. Ich verstehe schon, wenn er von einer Verkleinerung des Gemeinderates beispielsweise von 36 auf 31 Mandate oder auch einer Verkleinerung des Stadtsenates von 8 auf 6 Mandate nicht ganz begeistert ist, aber andererseits meine ich, dass man in diesem Zusammenhang nicht mehr von Peanuts sprechen kann. Ich habe mir die Sache durchgerechnet und bin draufgekommen, dass hier schon zwischen 300.000 und 400.000 Euro einzusparen wären. Auch in Bezug auf unser großes Budgetvolumen wäre das nicht mehr eine Kleinigkeit.

Dazu noch ein Hinweis. In der Bevölkerung hört man schon immer die Frage, wann denn die, nämlich die Politiker, endlich auch etwas bei sich selbst tun. Stellen sie sich doch vor, dass in den nächsten paar Jahren bundesweit etwa 27 Milliarden Euro eingespart werden sollen und wenn man genau hinschaut, erkennt man sehr wohl, dass ein Großteil der Gelder direkt von der Bevölkerung kommen würde. Und angesichts

dessen verlangt die Bevölkerung mit Fug und Recht, dass die Politik bei sich selbst beginnt. Und wenn man schon beginnt, dass soll ein derartiges Reformprogramm sicher durchgängig sein, das heißt, es soll von ganz oben bis zur Gemeinde herunter reichen.

Und was zuerst vom Kollegen Wimmer gesagt wurde, ist nur zu unterstreichen. Was soll denn mit diesem Zusatzantrag erreicht werden? Die SPÖ-Fraktion ist sich schon dessen bewusst, dass nicht alle gleich hurra schreien werden und wir werden selbst in der eigenen Partei nach oben hin einen Diskussionsprozess führen müssen. Wir nehmen allerdings diese Diskussion gerne an, denn wir wollen wirklich haben, dass etwas in Bewegung gerät. Unter Anführungszeichen gesetzt sage ich: Wenn ich nicht das „Irreale“ verlange, werde ich das „Reale“ kaum erreichen bzw. bräuchte ich eigentlich gar keinen derartigen Zusatzantrag zu stellen. Ich möchte meiner Ansicht dahingehend zum Ausdruck verhelfen, dass es sich wirklich um einige sehr gute Punkte handelt, die in diesem Zusatzantrag aufscheinen und die sich bei gutem Willen sehr wohl in absehbarer Zeit umsetzen ließen.

Ich nenne ihnen hiefür ein kleines Beispiel und beziehe mich dabei auf das Bezirksschulratskollegium. Wenn dieses weiterhin mit einer derartigen „Machtfülle“ wie jetzt ausgestattet ist, dann hat das nicht viel Sinn, denn eigentlich kann man kaum von irgendwelchen Möglichkeiten der Machtausübung sprechen. Wir kommen im Jahr zwei- oder dreimal zusammen und machen dabei Vorschläge in Hinblick auf die schulfesten Stellen, die es bei den Lehrkräften gibt, und damit hat es schon im Wesentlichen. Dafür, so meine ich, brauche ich aber kein Kollegium. Das könnte doch beispielsweise die beim Land angesiedelte Bildungsdirektorin machen, wo ja letztendlich schon jetzt entschieden wird. Und es erscheint in Zukunft ohne weiteres möglich, dies gleich im Bereich der Bildungsdirektion zu entscheiden, ohne uns damit zu beschäftigen. So sind noch etliche andere Dinge im Initiativantrag der FPÖ und im Zusatzantrag der SPÖ enthalten.

Bei allem soll etwas Bestimmtes nicht außer Acht gelassen werden. Erst heute Vormittag sagte ich zum Finanzreferenten, dass ich die Absicht habe, die Fraktionsvorsitzenden zu mir einzuladen, weil wir auch daran denken sollten, uns ein Investitionsprogramm bis zum Jahr 2015 zu geben, und zwar aus einem ganz einfachen Grund. Wir wissen nämlich noch nicht, in welcher Art und Weise wir durch das Konsolidierungspaket des Bundes belastet werden. Bekanntlich soll dieses Paket von den Ländern mitgetragen werden und wenn das zutrifft, dann weiß ich schon, dass hier etwas auf die Städte und Gemeinden zukommt. Ich kann heute die Größenordnung noch nicht definieren, weil ja insgesamt in Bezug auf dieses Konsolidierungspaket noch viel zu wenig bekannt ist, wir sollen und müssen uns aber rechtzeitig darauf einstellen, dass neben den formalen Maßnahmen auch etwas in Richtung Investitionen auf uns zukommt. Und ich bin schon gespannt darauf, inwieweit die Fraktionen des Gemeinderates dazu bereit sind, mitzuarbeiten und gemeinsam festzulegen, was wir uns noch bis zum Jahr 2015 tatsächlich leisten können bzw. was bis dahin wirklich an Investitionen vertretbar erscheint, um eben den Schuldenstand nicht weiter ansteigen zu lassen, so wie das vom Bund her angestrebt wird. Manche sprechen von einer Stabilisierung des Schuldenstandes, aber letztlich wird es wohl egal sein, wie man das nennt, da letztlich nur das Ergebnis zählt. In diesem Sinn lade ich sie schon heute ein, bei dieser Aufgabe mitzumachen.

GR. LAbg. Dr. Csar: Die ÖVP bekennt sich zu Reformen. Sie ist für sinnhafte Reformen, für Reformen, die sich umsetzen lassen und die von möglichst vielen mitgetragen werden. Daher begann die ÖVP im Land mit einer umfassenden Aufgaben- und Verwal-



tungsreform, das heißt, es wurde nicht bloß damit begonnen, denn wir stecken eigentlich mitten drinnen. Es wird bestimmt sehr viel umgesetzt und ich kann ihnen sagen, dass schon manches sehr erfolgreich geschehen ist. Was glauben sie, was wir schon aufgrund der umgesetzten Vorschläge einsparen konnten? Insgesamt wurden 1.800 Vorschläge geprüft bzw. intensiv analysiert und davon wurden schon sehr viele umgesetzt. Das Volumen beläuft sich auf 500 Millionen Euro in den nächsten sechs Jahren; das ist sehr, sehr viel Geld.

Weiters ist geplant, 500 Dienstposten im Land Oberösterreich einzusparen, wovon mittlerweile bereits 300 eingespart wurden; das ist ebenfalls sehr viel.

Wenn man sich ernsthaft mit der Materie auseinandersetzt, kann man sehr wohl vieles sparen und vieles umsetzen. Das bedeutet aber auch, dass man nicht unbedingt populistische Vorschläge machen muss, sondern dass man vielmehr ernsthaft in die Materie einzusteigen hat, um sich konkret zu überlegen, was man reformieren möchte.

Unter diesen 1.800 Vorschlägen befinden sich sehr viele sinnvolle, aber klarerweise befinden sich darunter auch Vorschläge, die nicht umgesetzt werden können. Einige Punkte davon wurden heute bereits erwähnt, nämlich teilweise im Zusatzantrag, teilweise auch schon im ursprünglichen Antrag. Es findet sich also unter den genannten 1.800 Vorschlägen praktisch alles wieder mit Ausnahme des Vorschlages auf Reduzierung der Zahl der Gemeinderäte der Stadt Wels oder der Zahl der Stadtsenatsmitglieder der Stadt Wels. Das ist aber ein interessanter Ansatz und es wurde dieser Vorschlag auch schon in anderen Bereichen diskutiert. Wahrscheinlich muss man überlegen, welche Konsequenzen die Realisierung vor allem für kleinere Parteien hätte und welche Konsequenzen damit für die Mehrheitsverhältnisse im Stadtsenat verbunden wären, denn mit dem Argument der Sparsamkeit sollte nicht am Ende eine Art von Missbrauch herauskommen, das heißt, es sollte bezüglich der Verteilung der Sitze im Stadtsenat vermieden werden, dass man nicht ganz reelle Verhältnisse schafft, also Verhältnisse, die den Wählerwillen nicht wirklich kundtun. Solche Vorschläge müssen also genauer überlegt werden.

Auf Landesebene wurde genauso die Zusammenlegung von Bezirkshauptmannschaften überlegt. Das Bundesland Steiermark ist hier ganz laut vorgeprescht, indem man ankündigte, es würden Bezirkshauptmannschaften zusammengelegt. Bislang wurden allerdings nur zwei Bezirkshauptmannschaften zusammengelegt und was kam dabei heraus? Es wurde ein Posten eingespart, nämlich jener eines Bezirkshauptmannes, dafür gibt es aber bei jener früheren Bezirkshauptmannschaft, wo der Bezirkshauptmann aus dem Dienst ausgeschieden ist, einen stellvertretenden Bezirkshauptmann mit einer höheren Zulage. Nun, das ist auch irgendwo ein Ansatz, aber eigentlich wird damit Sand in die Augen der Betrachter, in die Augen der Bevölkerung gestreut, was sich aber niemand verdient hat. Deshalb meine ich, dass bei uns eine ernsthafte, wirklichkeitsnahe Reform gemacht werden soll, worüber natürlich diskutiert werden kann.

Und genauso sollten wir darüber diskutieren, was wir in der Stadt Wels machen könnten. Hier können wir bestimmt viel machen und wir dürfen nicht auf eine andere Baustelle ablenken, nämlich auf das Land Oberösterreich oder auf sonst etwas. Man sollte wirklich schauen, was man selbst angehen kann. Daher ist es gut, einen Lenkungsausschuss zu haben, einen Lenkungsausschuss, dem auch sehr viele Vorschläge der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Magistrates zugeleitet wurden. Dabei sollte ange-  
setzt werden, das heißt, genau diese Vorschläge der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

sollten ernsthaft geprüft werden, denn die wissen ganz genau, wo der Schuh drückt und wo man einsparen kann. Und damit kann man eine erfolgreiche Reform starten, die möglicherweise viel einbringt. Es schadet ja nicht, wenn möglichst viel Geld eingebracht werden kann, denn schließlich müssen wir die Zukunft gestalten und dieses Bemühen wird wohl einige Geldmittel verschlingen.

Wichtig ist, dass wir aufpassen, wohin eigentlich die Reise gehen soll oder was am Ende des Tages herauszukommen hat. Das bedeutet aber auch, dass man nicht leichtfertig irgendwelche Diskussionen vom Zaun brechen sollte.

Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass wir für die Diskussion, die heute begonnen wurde, gar nicht zuständig sind, denn wir können ja auf dieser Ebene überhaupt nichts reformieren. Somit wird eigentlich sehr viel heiße Luft produziert. Viel interessanter wäre es, parallel zu unserer Gemeinderatssitzung in den politischen Lenkungsausschuss einzusteigen, um dort zusätzlich 18 Millionen Euro an Einsparungsvolumen zu beschließen. Das wäre ein sehr schönes und ambitioniertes Ziel.

Interessant ist weiters, dass wir bei dieser Diskussion über Reformen – von Herrn Dr. Rabl wurde diese erwähnt – auch immer auf die Spitalsreform zu sprechen kommen, nämlich als positives Beispiel, genauso positiv wie das, was wir jetzt mit der Aufgabenreform beim Land Oberösterreich erreichen wollen. Diese Sache wird also jetzt herausgestrichen und man meint, dass es doch schön sei, diese Spitalsreform zusammengebracht zu haben. Andererseits kann ich mich aber noch an Diskussionen hier herinnen erinnern, bei welchen die FPÖ eine andere Position zur Spitalsreform eingenommen hat. Da war von einer Spitalsreform mit Bauchweh die Rede, von einem Sparen nicht bei uns, sondern bei anderen, um eben die Problematik wieder einmal auf eine andere Baustelle zu verschieben.

Interessant ist aber auch der Antrag, der heute vorliegt. Ich möchte mich jetzt nicht an einem Vaterschaftstest beteiligen, der immer wieder hier herinnen ausbricht, so auch heute. Dabei geht es immer darum, wer was geschrieben hat und wann das geschehen ist. Ich weiß allerdings, dass erst vor ein paar Tagen in der Stadt Linz ein Antrag behandelt wurde, der lustigerweise wortident mit dem Antrag ist, der für die heutige Sitzung von der FPÖ eingebracht wurde. Man kann also ruhig sagen, dass dieser Antrag wahrscheinlich von Linz abgeschrieben wurde, womit man sich aber eine Menge Arbeit ersparte. Dieser Antrag ist also von Linz herübergeschwappt und der einzige Unterschied besteht darin, dass in Linz der Antrag von SPÖ und FPÖ gemeinsam eingebracht und letztlich gemeinsam beschlossen wurde. Das mit dem offensichtlichen Ansinnen – ich muss mich wiederholen – von eigenen Baustellen, die man nicht beackern möchte und deshalb versucht, diese durch eine pflegliche Behandlung gut zu Ende zu bringen, abzulenken. Eigentlich finde ich das bedenklich und ich würde mir wünschen, dass man eher in den eigenen Bereich einsteigt und sich überlegt, was man selbst machen oder selbst verändern kann.

Die auch von Herrn Dr. Rabl angesprochenen Doppelförderungen stellen zwar leider Gottes ein wichtiges Thema dar, aber in eurem Antrag wurden sie kein bisschen erwähnt. Es wäre aber bestimmt wichtig, auch darüber ernsthaft zu sprechen bzw. diese Frage ernsthaft zu prüfen, und zwar nicht nur auf Landesebene, sondern genauso hier in der Stadt.

Vzbgm. Wimmer übergibt den Vorsitz wieder an Bgm. Dr. Koits.

StR. Lehner: Reformen sind extrem wichtig und es sind solche auch im eigenen Bereich durchzuführen. Wenn aber heute Vizebürgermeister Wimmer in Zusammenhang mit diesem Zusatzantrag von einem Denkanstoß gesprochen hat, dann wissen wir, mit welchem Engagement er oder die SPÖ-Fraktion diesen Zusatzantrag stellte. Bei diesem Denkanstoß geht es auch irgendwo um eine Verlagerung des Reformthemas von einer Ebene auf die nächste Ebene.

Ich bin hier bei Peter Csar, der irgendwo meinte, dass es viel wichtiger wäre, das zu tun, was wir bei uns selbst in der Stadt machen können.

Und diese Regionsbehörde, die hier gefordert wird, stellt ja eigentlich nichts anderes dar als die Forderung nach Abschaffung unseres Statutes. Und ob wir das wirklich haben wollen, darüber, so denke ich, sollten wir tatsächlich zuerst in unseren Gremien diskutieren. Wir sollten zuerst in den eigenen Reihen besprechen, was solch ein Schritt für unsere Stadt an Konsequenzen hätte.

Die Reduktion der Anzahl der Stadtsenatsmitglieder stellt ein durchaus nachvollziehbares Anliegen dar, aber wenn man hört, dass das Ziel eine Reduktion auf sechs Stadtsenatsmitglieder wäre, stellt sich natürlich die Frage, was das in der Praxis bedeutete. Nun, beim aktuellen Wahlergebnis, welches 2009 der SPÖ rund ein Drittel der Stimmen brachte, wäre dann im Stadtsenat das Verhältnis unter den Parteien so, dass die Hälfte der Stadtsenatsmitglieder SPÖ-Vertreter wären. Und ob das jene demokratische Auswirkung ist, die sich auch der Wähler vorstellt, das bezweifle ich. Deshalb halte ich es für durchaus notwendig und sinnvoll, all diese Punkte, die hier im Initiativantrag und im Zusatzantrag stehen, in den Lenkungsausschuss zu übernehmen, aber nicht in der Form, wie ursprünglich die Arbeit des Lenkungsausschusses angedacht war. Die Idee des Lenkungsausschusses war nämlich jene, sich über wirklich sinnvolle Vorschläge aus dem Kreis der Mitarbeiterschaft zu unterhalten, aber jetzt wäre es irgendwo an der Zeit, auch darüber zu diskutieren, welche Vorschläge eigentlich seitens der Politik kommen oder darüber, wo vielleicht die Politik bei sich selbst sparen könnte. Wir könnten dort darüber diskutieren, ob wir nach der nächsten Wahl die gleiche Anzahl an Gemeinderäten haben wollen wie derzeit gegeben, ob wir auch künftig die gleiche Anzahl an Stadtsenatsmitgliedern haben wollen etc. Und das Ergebnis könnten wir dann in einem gemeinsamen Antrag an die Landesregierung niederschreiben. Wir könnten vermitteln, dass sich Wels in dieser oder jener Art reformieren möchte, dass wir nicht nur fordern, am besten immer bei den anderen zu sparen, sondern zeigen wollen, welchen Beitrag wir selbst im Rahmen eines Sparprogramms leisten möchten. Ich meine, auf diese Art könnte tatsächlich etwas umgesetzt werden.

Jedenfalls sollte es nicht wieder so wie bei der Spitalsreform sein, die zuerst nach dem Motto ablief: Ja, bitte wasch' mich, aber mach mich nicht nass. Wir müssen also von vornherein wissen, dass jede Reform auch im eigenen Bereich Nachteile bringen kann. Das müssen wir wohl zur Kenntnis nehmen. Andererseits geht es aber ganz klar darum, Dinge wirklich anzugehen und umzusetzen.

Aus diesem Grund sind wir gegen diesen Denkanstoß. Ein Denkanstoß ist uns etwas zu wenig, denn wir wollen handeln. Denkanstöße kommen ja ohnehin täglich über die Zeitungen etwa von Experten auf Bundesebene, von der Industriellenvereinigung, von der Wirtschaftskammer, vom Wirtschaftsbund bzw. von den unterschiedlichsten Ebenen, womit ich meine, dass es schon genug Denkanstöße gibt und wir jetzt handeln müssen.

GR. LAbg. Dr. Csar zur Geschäftsordnung: Anknüpfend an das Referat von Fraktionsvorsitzenden Peter Lehner stelle ich den Antrag auf Zuweisung gegenständlicher Angelegenheit an einen Ausschuss, damit diese näher behandelt bzw. eingehender diskutiert werden kann.

Der Geschäftsordnungsantrag von GR. LAbg. Dr. Csar auf Zuweisung gst. Angelegenheit an einen Ausschuss zur weiteren Beratung wird bei

7 Ja-Stimmen (ÖVP-Fraktion sowie  
GR. Mag. Mayerhofer)  
2 Stimmenthaltungen (GR. Dipl.-Ing. Leitinger sowie  
GR. Prof. Mag. Teubl)  
und 23 Nein-Stimmen (SPÖ- und FPÖ-Fraktion)

abgelehnt.

GR. Hacker ist bei der Abstimmung über o.a. Geschäftsordnungsantrag nicht im Sitzungssaal anwesend, GR. Raggl-Mühlberger hat vorübergehend die Sitzung verlassen.

Bgm. Dr. Koits erklärt, dass jetzt aufgrund der Ablehnung dieses Geschäftsordnungsantrages die Debatte zu diesem Tagesordnungspunkt weitergeführt wird.

GR. Reindl-Schwaighofer: Es ist direkt bewundernswert, wenn man mitbekommt, wie hier die ÖVP-Fraktion mit Nebelgranaten um sich wirft. Irgendwo tut mir das leid, denn es schaut ja so aus, als ob wir nicht selbst diskutieren und uns selbst ein Programm geben dürften. Da wird so getan, als wären alle Themen, die mit dieser Resolution und diesem Zusatzantrag angesprochen werden, sakrosant. In Wahrheit handelt es sich hierbei aber nicht um einen konkreten Antrag an die Landesregierung oder an den Landtag, etwa in ganz bestimmter Art zu ändern, sondern tatsächlich um einen Diskussionsbeitrag zu Themen, die eben auf Landesebene behandelt werden oder vielleicht behandelt werden sollten.

Und wenn heute in der Debatte irgendwie zum Ausdruck kam, dass bei uns zu wenig gemacht würde oder dass man keine Strukturreformen angeht, dann möchte ich schon darauf hinweisen – Herr Vizebürgermeister Wimmer hat das ebenfalls schon erwähnt – dass wir als SPÖ-Fraktion bereits im Dezember vorigen Jahres jene Dinge, die wir heute im Zusatzantrag verpackten, über die Presse zur Diskussion stellten. Nun wird aber so getan, als würden wir nur deshalb eine Reduktion der Anzahl der Mitglieder des Gemeinderates oder Stadtsenates vorschlagen, um damit irgendein taktisches Geplänkel in Gang zu setzen bzw. weil wir vielleicht jemanden aus dem Stadtsenat rausdrängen wollten. Nun, wenn wir über alle Reformvorschläge in dieser Art diskutieren, dann können wir eigentlich von vornherein nur den Status quo einzementieren. Tatsächlich ist es aber doch so, dass neue Wahlen sehr wohl andere Ergebnisse bringen können und damit ergibt sich aufgrund des D'Hondtschen Verfahrens auch immer wieder ein anderes Verhältnis in Hinblick auf die Beschickung diverser Gremien. Ich plädiere also dafür, keine Denkverbote in solchen Fragen zu erlassen.

Abgesehen davon meine ich – wenn wir schon unsere eigenen Belange in die Gesamtdiskussion einbinden – dass das auch als Beitrag zur Diskussion auf Ebene des Landes gesehen werden kann.

Und wenn hier von der berühmten Gesundheitsreform die Rede ist, dann ist es durchaus möglich, sich auf die eigene Schulter zu klopfen, aber bitte fragen sie auch einmal Menschen, die in den Krankenhäusern für den Gesundheitsbereich arbeiten, wie es ihnen mit dieser Reform geht. Da wurde ganz einfach drübergefahren und es wurden Dinge beschlossen, die erst jetzt auf niedriger Ebene ausdiskutiert und umgesetzt werden müssen. Fragen sie doch einmal jene Menschen, die zum Beispiel in der Herzabteilung des Welser Krankenhauses arbeiten und fragen sie einmal, ob noch weiter hochqualifiziertes Personal zu bekommen ist, wenn schon alle wissen, dass diese Abteilung aufgelöst wird.

Ich möchte dazu gar nicht mehr sagen, aber doch die Feststellung treffen, dass man in etlichen Fällen einfach über Regionalinteressen drübergefahren ist.

Und ich möchte weiters darauf hinweisen, dass in der gesamten Diskussion über die Spitalsreform die Welser ÖVP die Welser Bevölkerung alleingelassen hat. Ihr seid relativ schnell auf Landeshauptmannkurs eingekehrt und habt sozusagen verteidigt, was von dort hergekommen ist. Dies offenbar deshalb – das zeigt sich heute genauso – weil ihr ganz einfach solche Vorgaben oder dergleichen verteidigen müsst. Bei euch ist es nicht so wie bei uns. Wir möchten auch mit unserer eigenen Landespartei in Diskussion treten, weil wir halt der Meinung sind, dass es bestimmte Dinge gibt, die man angehen muss.

Wenn heute im Antrag etwas von den fünf Regionalbehörden drinsteht, dann gehört das natürlich ganz genau angeschaut, aber andererseits wissen wir doch, wie mobil heutzutage die Menschen sind und welche Möglichkeiten es heute schon in Hinblick auf das Bürgerservice per Internet gibt. So meine ich, dass sich eigentlich gar nicht mehr die Frage stellt, ob wir bei Umsetzung dieses Vorschlages bei den Dienstleistungen einen Qualitätsverlust erleiden müssten. Vielmehr geht es darum, so etwas tatsächlich anzugehen und umzusetzen.

Ich rufe wirklich alle dazu auf, in dieser Frage nicht immer nur auf die anderen zu zeigen, sondern selbst die Dinge anzugehen, die notwendig sind. Und da komme ich jetzt noch zu Herrn Stadtrat Rabl. Es ist immer leicht, über andere zu reden, aber mir sind aus euren Referatsbereichen noch keine essenziellen Vorschläge zur Einsparung bekannt. Ihr habt tolle Vorschläge in Bezug auf die Referate der anderen gemacht, aber von euren eigenen ist mir praktisch nichts bekannt.

Vzbgm. Dr. Wieser: Das Thema, das jetzt schon breit und tief behandelt wurde, hat uns tatsächlich schon seit langem beschäftigt; der Kollege Rabl meinte, dass es wohl schon über zehn Jahre sein würden. Das Ganze geht auf eine Wortmeldung von Bürgermeister Dr. Koits anlässlich einer Budgetdebatte zurück. Er informierte den Gemeinderat, indem er meinte, er müsse es hier im Gemeinderat einmal sagen, dass die Stadt Wels für den Bund direkt an die 90 Millionen Schilling pro Jahr übernehme, indem die Stadt im eigenen Hause die Bezirksverwaltungsbehörde betreibe. Nun, 90 Millionen Schilling sind oder waren ja nicht gerade ein Pappenstiel und ich habe mir selbst damals die stille Frage gestellt, warum wir das eigentlich tun. Warum leisten wir also für den Bund einen Aufwand in Höhe von 90 Millionen, wo es doch auch anders gehen könnte?

Und dann habe ich im Zuge einer Besprechung mit dem Herrn Landeshauptmann – ich glaube, diese fand im Besprechungszimmer des Herrn Bürgermeister statt – den Herrn Landeshauptmann neben den vielen anderen Dingen, mit denen wir uns damals befassten, gefragt, ob es denn unbedingt notwendig sei, dass wir als Stadt Wels eine eigene Bezirksverwaltungsbehörde betreiben. Er meinte hierauf: Na ja, werdet euch einmal einig darüber und dann reden wir miteinander.

So ist es für mich heute ein historischer Tag, wenn ich es erleben darf, dass nach ca. zehn Jahren diese Idee der Zusammenführung von zwei Behörden, die auf Welser Stadtgebiet fast genau dasselbe tun, einer doch ziemlich gründlichen Diskussion unterzogen wird. Und ich habe schon des öfteren mit Bürgern darüber gesprochen, ob es denn wirklich einen Sinn macht, wenn die Thalheimer in die Herrengasse und die Welser ins Rathaus gehen müssen, um wegen irgendwelcher Leistungen, die man ohne weiteres an einem bestimmten Ort für alle zusammen erledigen könnte, vorzusprechen.

Ich habe es schon des öfteren erwähnt, dass ich Kontakte nach Vorarlberg habe. Dieses geizige Volk da draußen hat überhaupt keine Statutarstadt. Die sagen: Wir sind doch nicht blöd und leisten uns etwas, das gar nicht notwendig ist. Man meint dort, dass einem sonst ohnehin das Geld an allen Ecken und Enden abgeht, was wir ja von unserer eigenen Budgetsituation her kennen. Man muss sich einmal vorstellen, um welches Volumen es hier geht. Wieso beschäftigen wir uns überhaupt im eigenen Haus mit einer Verwaltungsreform für irgendwelche Abteilungen und Dienststellen, wenn wir das vor Augen liegende Hauptproblem nicht wirklich in Angriff nehmen?

Herr Bürgermeister! Sicher können wir auch über die Mandatszahl in den verschiedenen Organen der Gemeinde reden und ich möchte mich dabei nicht in gewisse Gedankenspiele versteigen. Wenn beispielsweise überlegt wird, wie denn bei sechs Mandaten die Verteilung im Stadtsenat aussähe – die ist nach derzeitigem Stand 3:2:1 – so hat das meines Erachtens nicht unbedingt etwas mit dem Willen zu Einsparungen zu tun. Es hat aber andererseits den Anschein, als würde Herr Dr. Csar nur darüber nachdenken, wie es denn mit der ÖVP in diesem verkleinerten Organ aussehen könnte. Um Gottes Willen, das sollte man lieber sein lassen, noch dazu als ja die nächsten Wahlen ganz anders ausgehen können wie jene im Jahr 2009. Persönlich würde ich mich aber vor einer ÖVP-Mehrheit da drin im Stadtsenat fürchten. Vielleicht kann die ÖVP gar nichts dafür, wenn sie das nächste Mal 35 Prozent der Stimmen bekommt und dann steht es auf einmal vier zu eins oder zu zwei für die ÖVP, wobei dann die arme SPÖ daneben sitzt und von der ÖVP geknechtet wird, und wir sitzen vielleicht dazwischen. Diese Knebelung wäre natürlich das, worauf die Bevölkerung schon seit langem wartet bzw. erwartet man womöglich, dass einmal andere Akzente gesetzt werden.

Herr Bürgermeister, sie bekennen sich also zu dieser zahlenmäßigen Reduzierung der Organe, des Gemeinderates und des Stadtsenates, aber es fällt mir darüber hinaus ein, dass eine ganze Gruppe von Einrichtungen fast ausschließlich ihnen persönlich zur Verfügung steht, nämlich eine Magistratsdirektion, ein Präsidium, ein Büro des Bürgermeisters, eine Öffentlichkeitsarbeit – das sind ja lauter Chefangelegenheiten – und vielleicht könnte man das alles auch einmal zusammenfassen und mehr konzentrieren. Die eine oder andere Möglichkeit für eine schlankere Führungsorganisation wäre hier sicher drinnen.

Ich denke, es ist gut, wenn wir heute in sehr wichtigen Fragen der Stadt Wels zu einem breiten Konsens kommen. Mit Hausaufgaben, die zu lösen sind, sollten wir doch wieder

einen Schritt weiterkommen und hoffentlich wird sich das in weiterer Folge auch budgetmäßig auswirken. So wie es aussieht, werden nämlich die öffentlichen Haushalte ohnehin nicht mit mehr Geld spekulieren, sondern mit weniger Geld rechnen müssen.

StR. Dr. Rabl: Nachdem ich jetzt schon zahlreiche Male angesprochen wurde, muss ich doch noch einmal das Wort ergreifen, obwohl ich das ursprünglich nicht vorhatte.

Zuerst einmal ganz kurz etwas zu den Vorschlägen der FPÖ in Zusammenhang mit dem Lenkungsausschuss bzw. mit den Sparmaßnahmen. Die FPÖ hat das erste Mal am 16. Juli ein Programm vorgelegt, wohlgemerkt schon im Jahr 2010. Es war das erste Programm überhaupt einer Welser Gemeinderatsfraktion. Dieses Programm umfasst übrigens 16 Seiten und wir haben es bei einer Pressekonferenz entsprechend publiziert. Außerdem lässt es sich auf der Homepage der FPÖ ganz leicht nachlesen.

Zum letzten Mal haben wir aufgrund einer Fristsetzung des Herrn Bürgermeister etwas Schriftliches vorgelegt. Bis zum 31.10.2011 sollte jede Fraktion zum Ergebnis, das bis zum damaligen Zeitpunkt im Lenkungsausschuss erzielt wurde, eine Stellungnahme abgeben. Wider Erwarten hat jede Partei dazu Stellung genommen, und zwar in unterschiedlichster Form. Wir haben eine über vier Seiten lange Stellungnahme abgegeben und ganz genau aufgelistet, was unserer Meinung nach gut ist, was schlecht ist und verbessert gehörte. Andererseits hat die SPÖ in diesem Zusammenhang genau zwei Zeilen geschrieben. Sinngemäß lautete diese Stellungnahme: Wir wünschen dem Lenkungsausschuss viel Glück und er soll weiterhin gute Arbeit machen. Also, von einem Vorschlag war man hier ganz, ganz weit entfernt. So viel also dazu, wer welche Vorschläge bringt und wie umfangreich diese ausfallen.

Geht es aber um Vorschläge aus dem eigenen Referat, so kann ich sowohl nach rückwärts blicken als auch nach vorne schauen. Wenn ich zurückschaue, so bringt allein die von mir initiierte Umstellung auf LED-Beleuchtung, die wir tatsächlich umsetzten, der Stadt jährlich etwa 300.000 Euro Ersparnis. So etwas kann man schon auf den Tisch legen und dazu sagen, dass das zuvor keinem anderen Referenten in dieser Art und Weise gelungen ist. Und für die Zukunft kann ich jetzt schon den Herrn Bürgermeister und auch den Herrn Gemeinderat Reindl-Schwaighofer beruhigen, denn ich habe meine Hausaufgaben bereits gemacht und meine Einsparungsziele bereits erreicht. Wenn das den anderen Referaten genauso erginge, wäre das nur wünschenswert. Lieber Johnny, komm einfach zu mir und ich werde dir gerne sagen, wie ich das gemacht habe und vielleicht kannst du dann deinen Kollegen etwas Nachhilfe geben.

GR. LAbg. Dr. Csar: Noch ganz kurz etwas zu den Ausführungen des Herrn Vizebürgermeister Dr. Wieser.

Zuerst einmal freue ich mich darüber, dass seine Erwartungen erfüllt wurden, indem nun solch ein Antrag bezüglich Bezirkshauptmannschaften eingebracht wurde. Andererseits finde ich die Ausführungen, die jetzt zum Schluss von dir gekommen sind, sehr bedenklich. So hast du das Bundesland Vorarlberg erwähnt und sinngemäß gemeint, du würdest es schön finden, dass es dort keine Statutarstädte gibt und du somit diese Reformmaßnahmen unterstützt, die jetzt per Resolution an das Land beschlossen werden sollen. Für mich heißt das: Du stehst dahinter, dass die Stadt Wels kein Statut mehr haben soll. Das erstaunt mich doch sehr, noch dazu als ich das aus dem vorliegenden Antrag nicht herauslese. Offensichtlich ist das ein Gedanke, der jetzt in diesem Zusammenhang bei dir aufkeimt bzw. rauskommt. Jedenfalls erstaunt mich diese

Haltung und ich meine, dass man hierüber wirklich einmal intensiv diskutieren sollte. Es wäre wirklich interessant, mit welcher Intention du diesen Wunsch deinerseits auf Wegfall des Statutes für die Stadt Wels verfolgst. Und ich möchte nicht haben, ohne dass die von dir getroffene Aussage einfach wieder untergeht, ohne dass wir konkret mitbekommen, wohin da die Reise gehen soll.

Vzbgm. Wimmer: Nachdem zuerst der Kollege Dr. Rabl zur Beruhigung des Kollegen Reindl-Schwaighofer so getan hat, als hätte er von sich aus wirklich alles Erdenkliche unternommen, damit das mit dem Sparprogramm bei der Stadt Wels erfolgreich werde, muss ich allerdings sagen, dass ihm bei mir diese Beruhigung nicht gelungen ist. Deshalb gestatten sie mir bitte noch zwei Sätze zum Lenkungsausschuss bzw. zu den Stellungnahmen oder Vorschlägen der Fraktionen.

Natürlich erscheint es irgendwo lustig, wenn zwar die FPÖ-Fraktion auf zehn Seiten, wenn ich mich recht erinnere, eine Stellungnahme abgab, davon aber auf ungefähr 9 ½ Seiten völlig irrealer Maßnahmen vorgebracht wurden.

Im Gegensatz dazu hat die SPÖ-Fraktion genau das getan, was zuerst von Herrn Dr. Csar angesprochen wurde. Sie hat sich nämlich sehr wohl mit den Vorschlägen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Hauses Magistrat auseinandergesetzt und letztlich ist das sozusagen die Summe der Maßnahmen, die dem Lenkungsausschuss vorlag und auch beschlossen wurde. Und seitens der SPÖ-Fraktion wurde eben nicht mehr und nicht weniger zum Ausdruck gebracht, als dass sie dieses Programm, das beschlossen wurde, begrüßt, dass sie sich aber im Einzelnen bei der Umsetzung von Maßnahmen vorbehält, noch gesondert eine Stellungnahme abzugeben. Es ist nämlich so, dass diverse Maßnahmen, die hier im Programm aufgenommen wurden, noch gesonderter Beschlüsse der Kollegialorgane bedürfen, denn die meisten Dinge können ja nicht einfach durch eine Fraktion oder durch den Lenkungsausschuss umgesetzt werden. Es muss vielmehr noch eine konkrete Beratung erfolgen, wenn man tatsächlich den einen oder anderen Vorschlag umsetzen möchte, das heißt, es wird sich erst in weiterer Folge herausstellen, was wirklich alles möglich ist. Und so wird es wohl auf Landesebene genauso ablaufen, wenn ich die Ausführungen des Herrn Dr. Csar richtig verstanden habe.

Dass Herr Dr. Wieser seit jeher ein Gegner des Statutes der Stadt Wels ist, das ist richtig und ich kann das nur bestätigen. Er hat es nicht erst vor 10 Jahren, sondern schon vor 20 Jahren in ähnlicher Weise gefordert. Er hat damals gemeinsam mit dem Kollegen Matzinger – ich weiß nicht genau, von wem dies tatsächlich ausgegangen ist – die Rücknahme des Statutes für die Stadt Wels durch das Land gefordert. Jedenfalls freut es mich, dass du jetzt beruhigt in Pension gehen kannst, weil es ja nunmehr für dich das große Erlebnis gibt, dass durch Herrn Dr. Rabl ein ähnlicher Antrag eingebracht wurde – der also dem entspricht, was du dir so ungefähr vorstellst – und dieser Antrag in Form einer Resolution oder in Form eines Anstoßes für den Landesgesetzgeber eine Chance zumindest auf mehrheitliche Beschlussfassung hat.

Persönlich meine ich allerdings, dass wir die Frage des Statutes für die Stadt Wels sehr ernst nehmen sollten. Das ist nicht eine Sache, über die leichtfertig diskutiert werden kann. Unsere Vorväter haben sich in der Mitte des vorigen Jahrhunderts sehr intensiv mit diesen Fragen auseinandergesetzt und letztlich gab es einen einstimmigen Beschluss des damaligen Landtages, womit eben der Stadt Wels ein eigenes Statut zuerkannt wurde. Unsere Vorväter waren sehr froh darüber, dieses Statut für Wels bekom-



men zu haben und persönlich bin ich heute noch froh darüber, denn immerhin gibt es uns mehr an Gestaltungsmöglichkeiten, als wären wir sozusagen eine gewöhnliche Gemeinde. Und ich halte dieses Mehr an Gestaltungsmöglichkeiten für unverzichtbar. Es ist beispielsweise für mich nicht vorstellbar, dass wir zwar mit dem Kollegen Kroiß einen Verkehrsreferenten haben, dieser praktisch allerdings über keine Kompetenzen verfügt und vorrangig darauf warten muss, was so der Bezirkshauptmann oder die Bezirkshauptmannschaft genehmigt oder auch nicht. Da würde beispielsweise die BH so wie früher Verkehrsverordnungen für die Stadt Wels erlassen etc. Wir bräuchten also praktisch keinen Verkehrsreferenten mehr, denn dieser hätte fast keine Kompetenzen. Aus verschiedenen Gesprächen mit Bürgermeisterern aus kleineren Gemeinden weiß ich, dass diese mit relativ bescheidenen Kompetenzen ausgestattet sind, nämlich nicht nur im Verkehrsbereich, sondern auch in anderen Angelegenheiten. Wir haben jedoch aufgrund des Statutes Kompetenzen in verschiedensten Bereichen und das versetzt uns beispielsweise in Verkehrsfragen in die Lage, Wünsche aus der Bevölkerung oft sehr kurzfristig umsetzen zu können.

Natürlich gibt es damit verbunden auch einen Wermutstropfen, nämlich jenen der Kosten für die Bezirksverwaltungsbehörde. Das ist ein Thema, an dem sich auch der Städtebund schon Jahrzehnte lang die Zähne ausbeißt. Seitens des Bundes und des Landes ist ja hinsichtlich der Kostentragung keine gesteigerte Gesprächsbereitschaft gegeben, um es einmal so zu formulieren, aber vielleicht ändert sich das in Zukunft ebenfalls. Ich hoffe, es wurde allgemein erkannt, dass wir in einer Zeit leben, in der wir gemeinsam an einem Strang ziehen und uns nicht gegenseitig aus rein populistischen Gründen ausspielen sollten.

Und wenn ich das so sage, komme ich auf diverse Wortmeldungen zu unserem Zusatzantrag zurück, wobei man uns unterstellte, aufgrund irgendwelcher Vorhaben bei der Größe des Gemeinderates oder Stadtsenates etwas herausholen zu wollen, was nicht dem Wahlresultat entsprechen würde. Bitte, genau aus diesem Grund haben wir in unseren Zusatzantrag keine Ziffern hineingeschrieben. Wir haben nur global von einer zahlenmäßigen Reduktion dieser beiden Organe gesprochen bzw. geschrieben. Wenn jetzt die Bundesregierung gemeinsam beschlossen hat, den Nationalrat und den Bundesrat zu verkleinern, dann sehe ich nichts Unanständiges daran, dass auch wir uns mit diesem Thema ohne Blick auf irgendwelche Mehrheitsverhältnisse auseinandersetzen. Hier haben wir es außerdem mit einem Punkt zu tun – das ist einer der wenigen Punkte, bei dem ich Herrn Dr. Wieser Recht gebe – der von künftigen Wahlen abhängig ist, denn es ist ja denkunmöglich, dass es diesbezüglich noch in der laufenden Funktionsperiode Änderungen irgendwelcher zahlenmäßigen Art gäbe.

Ich bitte deshalb alle, diese ganze Angelegenheit nicht nur parteipolitisch zu sehen, wengleich ich zugestehe, dass jede Partei ihre Interessen zu verfolgen hat. In schwierigen Zeiten glaube ich aber, dass es Angelegenheiten gibt, bei denen man gemeinsam an einem Strang ziehen sollte. Wir als SPÖ-Fraktion bekennen uns dazu. Und der Bürgermeister hat schon angesprochen, dass bei uns innerparteilich nicht alles unumstritten ist, was wir als Welser SPÖ und Welser SPÖ-Gemeinderatsfraktion in den Raum stellen oder als Forderung im Rahmen einer Resolution titulieren. Letztendlich geht es aber um die Interessen der Stadt Wels, um die Bürgerinnen und Bürger von Wels und um die Sicherung der Zukunft unserer Stadt. Es geht also darum – hier möchte ich den Bundeskanzler und den Vizekanzler zitieren – dass wir den Handlungsspielraum für künftige Generationen aufrecht erhalten, dass wir ihn stabilisieren und vielleicht sogar – wir werden sehen, ob uns das gelingt – besser als derzeit gestalten.

Vzbgm. Dr. Wieser: Ich muss jetzt schon noch etwas sagen, weil offenbar ein Missverständnis gegeben ist. Der Kollege Wimmer beginnt ja seine Wortmeldungen immer mit sehr bewussten Unterstellungen und Missverständnissen und so muss ich auch heute noch etwas antworten.

Es ist grundsätzlich richtig, dass ich mich schon seit längerer Zeit damit beschäftige, ob Bezirkshauptmannschaften in dieser Anzahl wirklich nötig sind, weil es mich ganz einfach aufregt, dass wir um 90 Millionen Schilling – das gehörte jetzt umgerechnet und wahrscheinlich mit einem Zuschlag versehen – Bundesleistungen erbringen.

Und so sollte man jetzt ernsthaft darüber nachdenken, was denn so das Positive an diesem vorliegenden Antrag ist. Dabei geht es nicht um das Statut selbst, das heißt, meiner Meinung nach müssen wir überhaupt zu neuen Lösungen finden. Wir haben doch ohne weiteres eine Umstellung der Hauptschulen, weil uns diese offenbar nicht mehr gefielen, auf „Neue Mittelschulen“ durchgeführt. Ich weiß allerdings nicht, was sich deshalb tatsächlich änderte, außer dass wir jetzt, wo es notwendig erschien, mehr Personal haben. Viele Leute klopfen sich auf die Schultern und sagen: Jetzt haben wir in Wels keine Hauptschulen mehr, sondern, weil ja alle gescheitert wurden, nur mehr Mittelschulen.

Es war zuerst vom Verkehrsrecht die Rede. Ich selbst hatte auch einmal die Gelegenheit, im Bereich des Verkehrsrechts tätig zu sein, Geschwindigkeitsbeschränkungen, Parkverbote etc. zu erlassen, aber ein Großteil dieser Verordnungen hatte nichts mit der Kompetenz einer Bezirkshauptmannschaft zu tun, sondern es lagen die erlassenen Verordnungen zumeist in der Kompetenz der Gemeinde. Also, nur ein gewisser Teil davon betraf Angelegenheiten einer BH, die jetzt aufgrund unseres Statutes gemeinsam mit den anderen Dingen im Verkehrsrecht zusammenfließen. So ist es nun mal.

Abgesehen davon gibt es aber noch andere BH-Kompetenzen, die bei uns als Magistrat erfüllt werden. Ich frage sie jedoch, wo denn dieser Gestaltungsspielraum beispielsweise im Staatsbürgerschaftswesen, im Veterinärwesen, bei der Gesundheitsbehörde, im Forst-, Jagd-, Aufenthalts- und Passwesen gegeben ist. Da werden sie praktisch nichts finden und ich frage sie, ob das wirklich von zwei verschiedenen Stellen in Wels erledigt werden muss. Wenn es aber einmal möglich erscheint, diese Dinge oder Aufgaben in einer größeren Einheit zusammenzufassen, so wie das in diesem Antrag vorgeschlagen wird, dann kommt es sicher auch dazu, dass an Kompetenzen, die uns durch das Statut verliehen wurden, gerüttelt wird. Da werden viele Dinge nicht mehr im Bereich der Stadt liegen, sondern in einer gemeinsamen größeren Einheit aufgehen. Und ob das mit Statut, einem neuen Statut oder wie immer das heißen mag, geschieht, darum geht es ja überhaupt nicht. Wesentlich dabei ist lediglich, dass die Abwicklung dieser Aufgaben einer Reform unterzogen wird.

StR. Kroiß: In aller Kürze darf ich noch ein Schlusswort abgeben. Grundsätzlich freut es mich, dass dieses Thema so viel an Emotionen hervorruft, wobei es um sehr unterschiedliche Auffassungen geht, aber auch um sehr viele positive Aspekte.

Was die Wortmeldungen seitens der ÖVP betrifft, ist es sicher nicht unbedingt so, dass wir das Rad neu erfunden hätten. Es ist demnach so, wie das von Dr. Csar angedeutet wurde, nämlich dass wir natürlich mit der Stadt Linz kommunizierten, weil ja die Probleme ähnlich gelagert sind. Ich meine, es sollte kein Fehler sein, wenn man miteinander spricht.

Und wenn der GRÜNE Mag. Teubl davon spricht, dass bei einer Zusammenlegung der Bezirkshauptmannschaften der Bürgermeister der Stadt Wels auch für einige Umlandgemeinden zuständig wäre, dann muss man doch ziemlich genau unterscheiden, das heißt, nur weil einer bei uns in Wels Bürgermeister ist, ist er nicht auch für alles in den Umlandgemeinden zuständig. Man darf also auch hier nicht Äpfel mit Birnen vermischen. Es gibt ja heute auch schon Bereiche, wo das Land im Wege der Bezirkshauptmannschaften für bestimmte Dinge oder Bereiche in den Gemeinden zuständig ist und so wäre es genauso bei einem Bürgermeister, der als Bezirkshauptmann agiert.

Ich gehe mit dem Herrn Bürgermeister in der Richtung d'accord, dass eine Verkleinerung des Gemeinderates sehr wohl eine finanzielle Auswirkung auf das Budget der Stadt hätte. Es gibt hier allerdings die Vorstellung, dass eine kleinere Fraktion wie die GRÜNEN unter die Räder kommen könnte. Natürlich wäre das möglich, aber bis 2015 habt ihr GRÜNEN ja noch viel Zeit, um eine Politik für Welser Bürgerinnen und Bürger zu machen und so bei den Wahlen erfolgreich zu sein. Ich denke daran, dass auch die Welser Freiheitlichen einmal klein angefangen haben und ich habe keine Angst davor, womöglich in Wels nicht mehr vertreten zu sein.

Ich ersuche um Abstimmung.

Bgm. Dr. Koits: Also, wenn bei unserem Programm so viel herauskommt, wie heute debattiert wurde, dann ist das positiv und für mich in Ordnung.

Der Zusatzantrag (Anlage 7) der SPÖ-Fraktion und der als Anlage 6 beigefügte Initiativantrag der FPÖ-Fraktion werden jeweils in getrennter Abstimmung mit

22 Ja-Stimmen (SPÖ- und FPÖ-Fraktion)  
bei 7 Nein-Stimmen (ÖVP-Fraktion)  
und 3 Stimmenthaltungen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

GR. Buttinger ist bei den o.a. Abstimmungen nicht im Sitzungssaal anwesend, GR. Raggl-Mühlberger hat vorübergehend den Sitzungssaal verlassen.

4.)

Initiativantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend Senkung der Quote der jungen Erwachsenen ohne abgeschlossener Berufsausbildung in Wels  
DI-Verf-041-2012

StR. Kroiß: In der „Aktuellen Stunde“ wurde schon viel über diese Angelegenheit gesprochen. Stellen sie sich vor, dass ungefähr 30 Prozent aller jungen Erwachsenen zwischen 20 und 24 Jahren in Wels über keine abgeschlossene Berufsausbildung verfügen. Das ist wirklich erschreckend und erfordert einen dringenden Handlungsbedarf. Eines ist nämlich klar und wurde schon gesagt: Eine fehlende Ausbildung bedeutet,

dass man kaum einen Job hat und wer nicht über einen Job verfügt, der hat zumeist kein eignes Geld. Damit ist der Weg in die Armut irgendwo vorgezeichnet.

Es ist aber auch gesellschaftspolitisch sehr interessant, wenn rund ein Drittel der jungen Erwachsenen in Wels über keine ordentliche Ausbildung verfügt. Und wir sollten schon rasch abklären, warum wir in Wels bei der Ausbildungsquote in diesem Altersbereich an letzter Stelle liegen. Ich weiß jetzt nicht mehr, ob es der Kollege Reindl-Schwaighofer heute schon sagte, aber jedenfalls ist es in Wels so, dass 54 % jener, die arbeitslos sind, genau jene sind, die über keine Berufsausbildung verfügen. Es besteht also ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen fehlender Qualifikation und Arbeitslosigkeit. Und speziell der Zentralraum mit den Statutarstädten Linz, Wels und Steyr ist das Schlusslicht in dieser Statistik.

Es wurde weiters schon gesagt, dass immer mehr Facharbeiter gesucht sind. Andererseits haben wir aber immer mehr Jugendliche ohne Berufsausbildung, weil sie zum Teil den Anforderungen an einen Facharbeiter nicht mehr gewachsen sind. Ich glaube also, dass wir diesbezüglich schon sehr früh ansetzen müssen, wahrscheinlich im Pflichtschulbereich. In diesem Zusammenhang möchte ich das schon Gesagte wiederholen, nämlich dass 15 bis 20 Prozent der jungen Leute die Schule als Analphabeten verlassen. Und da ist es natürlich schwierig für uns, solche junge Erwachsene in den Arbeitsprozess eingliedern zu können.

Es gibt das Schlagwort von „Bildungsarmut Oberösterreich“ und dieses kann man gleich einmal auf „Bildungsarmut in Wels“ umlegen. Die Ursachen hierfür sind größtenteils bekannt und wir sollten rasch solch eine Bildungskonferenz einberufen, um dieses Phänomen in Wels wirklich rasch angehen zu können. Das greifbare Ziel für uns sollte zumindest darin liegen, dass wir, rein statistisch gesehen, zumindest einmal von diesem undankbaren letzten Platz wegkommen.

Der Herr Bürgermeister teilte im Rahmen einer Presseinformation bereits mit, dass er dieser Bildungskonferenz positiv gegenübersteht. Natürlich sollen dort nicht nur Politiker vertreten sein, sondern ganz im Gegenteil. Hier sollen unbedingt Personen aus dem Bereich der Wirtschaft, der Interessensvertretungen, des AMS, der berufsbildenden Schulen, aber auch der Pflichtschulen vertreten sein. Weiters glaube ich ebenfalls, dass wir dafür die Zahlen und Daten dieser Bildungserhebung benötigen, aber insgesamt meine ich, dass alles rascher vonstatten gehen müsste, damit wir im Endeffekt schneller eingreifen können.

GR. Zaunmüller: Bildung bewegt! Ich weiß zwar nicht, von wem dieses Schlagwort stammt, aber es stimmt tatsächlich zu 100 Prozent. Die Bildung eröffnet neue Chancen für das Leben. Das beginnt bei der Ausbildung für unsere Kinder und geht hinein bis ins Erwachsenenalter. Die Zeiten sind vorbei, in denen man irgendwann ein Abschlusszeugnis bekam, womit es sich sozusagen für's ganze Leben hatte. Heute ist lebenslanges Lernen angesagt und das lebenslange Lernen beginnt üblicherweise in der Pflichtschule.

Tatsächlich ist es erschütternd, wenn ich einem Zeitungsartikel entnehmen muss, dass jährlich 300 Jugendliche ohne Hauptschulabschluss ihre Pflichtschulzeit beenden. Es ist nämlich vollkommen unbestritten, dass diese mangelnde Schulausbildung in der Regel zu ganz massiven Problemen führt. Zunächst verspüren diese Probleme die Jugendlichen selber, denn sie verbringen oft lange Zeit in Arbeitslosigkeit oder sie werden

maximal für eine minderqualifizierte Tätigkeit herangezogen. Sehr häufig können sie überhaupt keine Berufsausbildung machen. Und das ist insofern sehr schlimm, weil solche Jugendliche, abgesehen davon, dass sie in der Regel hoch frustriert sind, keine berufliche Perspektive für ihren weiteren Lebensweg haben. Es ist wohl das Schlechteste, das einer Gesellschaft passieren kann, nämlich dass es Jugendliche ohne Perspektive gibt.

Ich möchte deshalb ihre Aufmerksamkeit auf eine Initiative der oberösterreichischen Bildungs-Landesrätin richten. Von dieser wurde Anfang 2012 eingeführt, dass es für junge Erwachsene die Möglichkeit von Basiskursen gibt, nämlich in Deutsch, in Englisch, in Mathematik und in der elektronischen Datenverarbeitung, um sozusagen als Externist die Hauptschulbildung nachholen zu können. Meines Wissens nach, Herr Kollege Reindl-Schwaighofer, gibt es diese Möglichkeit auch auf regionaler Ebene hier in Wels.

Und ich habe mit Welser Unternehmerinnen und Unternehmern darüber gesprochen. Die reden ausdrücklich davon, dass ein qualifizierter Nachwuchs im Facharbeiterbereich fehlt. Das Finden von entsprechendem Nachwuchs im Facharbeiterbereich ist die größte Herausforderung in dieser Zeit.

Tatsächlich lag die Arbeitslosenquote in Wels – gemeint sind die Bezirke Wels-Land und Wels-Stadt – bei einem Jahresdurchschnitt von 5,5 % deutlich über jener des Bundeslandes Oberösterreich insgesamt; der Durchschnitt beläuft sich auf 4,2 %. Wir brauchen daher eine regionale innovative Arbeitsmarktpolitik, eine höchstmögliche Beschäftigung, damit die Lebensqualität, das Wachstum und die soziale Sicherheit gewährleistet sind.

Auf noch etwas darf ich sie aufmerksam machen. Seit 9. Februar 2012, also brandneu, gibt es einen „Markt für Arbeit und Qualifizierung 2012“ und es ist das eine Initiative von Landesrat Sigl gemeinsam mit Herrn Soziallandesrat Ackerl. Es ist das eine Kooperation mit dem AMS, mit den Berufsschulen, mit den Sozialpartnern und mit dem Landesschulrat für Oberösterreich. Unter anderem ist ein strategisch wichtiges Ziel der Initiative darin zu sehen, junge Erwachsene und Jugendliche als Fachkräfte zu qualifizieren und damit den Anteil der gering Qualifizierten zurückzudrängen. Man kann also festhalten, dass auch hier ein Wels-Bedarf im Fokus steht.

Die Maßnahmenpalette des „Marktes 2012“ reicht von den Lehrgängen zur Facharbeiterausbildung über die Teilqualifizierung – ich zitiere: Zielgruppenstiftungen, Produktionsschulen und vieles mehr – bis hin zu Kinderbetreuungsprojekten und zur Beratung für Wiedereinsteigerinnen und Wiedereinsteiger, was ebenfalls ganz wichtig erscheint.

Meine Damen und Herren! Die Abhaltung einer regionalen Bildungskonferenz halte ich zwar zunächst einmal für sinnvoll, allerdings nur unter Einbeziehung all dieser Parameter, damit wir einen Themenkomplex schließen können, nämlich vom guten Hauptschulabschluss hin zum qualifizierten Facharbeiter oder bis hin zur hochmotivierten engagierten Führungskraft.

GR. Haböck zur Geschäftsordnung: Ich beantrage eine Zuweisung dieser Angelegenheit an den zuständigen Ausschuss, den Bildungsausschuss.

Der o.a. Geschäftsordnungsantrag von GR. Haböck auf Zuweisung gst. Initiativantrages (Anlage 8) an den zuständigen Bildungsausschuss zur weiteren Behandlung bzw. Beratung wird

einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits: Wir werden im Ausschuss die entsprechenden Vorbereitungen zu treffen haben und ich stimme dem zu, dass solch eine Bildungskonferenz tatsächlich etwas Umfassendes darstellen muss. Ich denke mir, es ist unbedingt notwendig, diese Sache sehr breit anzulegen.

Damit danke ich für die Berichterstattung.

Berichterstatter Stadtrat Dr. Andreas Rabl

5.)

Beleuchtungsprogramm 2012;  
Grundsatzbeschluss und Auftragsvergaben für  
Neuinstallationen und für Lichtregelgeräte sowie  
Kostenbeitrag für die Instandhaltung von Sonderanlagen  
(Mitverkabelung, Austausch von Holzmasten)  
BauD-BauH-21-2012

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Bau- und Wohnungsausschuss am 23.01.2012:

1. Das als Anlage 9 beigefügte Beleuchtungsprogramm 2012 wird grundsätzlich genehmigt.
2. Die Neuinstallationen der Straßenbeleuchtung im Rahmen des Beleuchtungsprogrammes 2012 werden zu den Preisen der Angebote vom 20.12.2011 mit einer Nettokostensumme von € 124.392,47 zuzüglich 20 % Mehrwertsteuer, das sind € 24.878,49, somit insgesamt € 149.270,96 an die Elektrizitätswerk Wels AG, 4600 Wels, Stelzhamerstraße 27, vergeben.
3. Der Baureferent wird bei Notwendigkeit ermächtigt – das Einvernehmen des Bauausschusses vorausgesetzt – unter Einhaltung der beschlossenen Brutto-Gesamtkostensumme geringfügige Änderungen vorzunehmen.
4. Der Ankauf von Lichtregelgeräten wird zu den Preisen des Angebotes vom 16.01.2012 mit einer Nettokostensumme von € 41.383,- zuzüglich 20 % Mehrwertsteuer, das sind € 8.276,60, somit insgesamt € 49.659,60 an die Elektrizitätswerk Wels AG, 4600 Wels, Stelzhamerstraße 27, vergeben.

5. Für die Instandhaltung von Sonderanlagen werden für das Jahr 2012 Geldmittel von € 300.000,- zur Zahlung an die Elektrizitätswerk Wels AG, 4600 Wels, Stelzhamerstraße 27, genehmigt.

Einstimmig angenommen.

6.)

Welser Tiergarten;  
Umsetzung des Infrastruktur-Projektes;  
Grundsatzbeschluss  
SB-TGH-32-2011

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Bau- und Wohnungsausschuss am 23.01.2012:

Das Infrastruktur-Projekt im Tiergarten lt. Amtsbericht (Anlage 10) mit voraussichtlichen Kosten von € 250.000,- zzgl. USt. – Kostengenauigkeit +/- 10 % – wird grundsätzlich genehmigt.

Einstimmig angenommen.

7.)

Welser Tiergarten;  
Fortschreibung des Masterplans;  
Genehmigung bzw. Grundsatzbeschluss  
SB-TGH-49-2011

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Bau- und Wohnungsausschuss am 23.01.2012:

Die Fortschreibung des Masterplans Tiergarten (Anlagen 11 und 12) mit voraussichtlichen Kosten von € 75.000,- zzgl. USt. für das Jahr 2012 und voraussichtlichen Kosten von € 62.000 zzgl. USt. für das Jahr 2013 – Kostengenauigkeit +/- 10 % – wird zusätzlich genehmigt.

Einstimmig angenommen.

8.)

Initiativantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend Bestellung des Magistratsdirektors (Entfall der Vorschlagsbindung des Stadtsenates)  
DI-Verf-042-2012

StR. Dr. Rabl: Es handelt sich hier um einen eher technischen Antrag, aber es zeigte sich zuletzt, dass solch ein Antrag durchaus seine Notwendigkeit hat. Und ich darf ihnen kurz erklären, worum es bei diesem Initiativantrag (Anlage 13) überhaupt geht.

Derzeit ist es so, dass der Magistratsdirektor auf Vorschlag des Bürgermeisters vom Stadtsenat bestellt wird. Nun kann es vorkommen – das ist zuletzt geschehen – dass der Bürgermeister zwar einen Vorschlag unterbreitet, dieser jedoch im Stadtsenat keine Mehrheit findet. Im Ergebnis kommt es somit zu einer Pattstellung, nämlich zwischen Stadtsenat und Bürgermeister. Eine solche Pattstellung ist deshalb so unangenehm, weil keine Entscheidung zustande kommt, nachdem keine Lenkungsmechanismen vorhanden sind, um eine derartige Pattstellung beheben zu können. Man kann natürlich zahlreiche Rechtsausführungen machen, etwa in der Richtung, ob der Bürgermeister sein Vorschlagsrecht verliert, wenn er einmal jemand vorschlägt, dafür aber keine Mehrheit bekommt. Was ist, wenn der Bürgermeister niemand anderen vorschlägt? Tatsache ist jedenfalls, dass derartige Regelungen im Statut an verschiedenen Stellen in nicht so klarer Form enthalten sind, was natürlich vollkommen unbefriedigend ist, wenn es zu solchen Situationen kommt, wie ich sie eben in Bezug auf die Bestellung des Magistratsdirektors schilderte.

Somit erschiene es unseres Erachtens sinnvoll, klare Regelungen zu haben, Regelungen, welche darlegen, wie vorzugehen ist, wenn etwas in dieser Richtung passiert. Und wir glauben, dass die nunmehr vorgeschlagene Regelung eindeutig ist. Wir sagen nämlich, dass der Stadtsenat als Abbild demokratischer Wahlen Beschlüsse fasst und damit als Abbild des Meinungsbildes in der Bevölkerung; in diesem Fall geht es darum, wer konkret Magistratsdirektor sein soll. Das Vorschlagsrecht des Bürgermeisters würde damit entfallen.

Das wäre also unser Wunsch und darum brachten wir diese Resolution an das Land heute zur Beschlussfassung ein.

GR. Mag. Humer: Es wird, glaube ich, niemanden wundern, dass wir dieser Resolution nicht die Zustimmung geben können. Und ich möchte an dieser Stelle einen Vergleich mit dem Land ziehen. Lieber Dr. Peter Csar, du weißt ja, wie beim Land der Landesamtsdirektor bestellt wird. Natürlich macht das dort der Landeshauptmann. Und ich bin zwar noch nicht so lange im Gemeinderat tätig, weiß aber von meinem Vater, dass wir solch eine Regelung wie beim Land auch über Jahrzehnte im Statut für die Stadt Wels hatten. Ich denke mir, dass es die frühere Regelung, wonach der Bürgermeister den Leiter des „Inneren Dienstes“, den Magistratsdirektor, bestellt, uns erspart hätte, dass heute der Platz, an dem normalerweise der Magistratsdirektor sitzt, verweist ist.

Es haben sich etliche Leute für den Posten des Magistratsdirektors beworben, die bestimmt alle sehr qualifiziert waren. Und es hat mich als Mitarbeiter der Stadt Wels ein bisschen geärgert, als ich die Zeitung aufschlug und daraus erfahren musste, dass wir einen externen Sanierer brauchen. Ich meine nämlich, dass wir sehr viele qualifizierte Mitarbeiter des Magistrates haben, beispielsweise meinen Chef im Amt, den Kollegen Dr. Spitzer.

Ich denke mir, dass der Bürgermeister nicht nur einen Fachmann an seiner Seite braucht, sondern auch einen, mit dem er kommunizieren kann, mit dem die Chemie stimmt. Da gibt es doch beim Land eine gute Regelung. Dort kann sich ja auch der Landeshauptmann seinen LAD aussuchen, also seinen Landesamtsdirektor, wie ich für



all jene festhalten darf, die mit der Abkürzung „LAD“ nichts anfangen können. Ich will sie gar nicht lange mit meinen Ausführungen ermüden, aber immerhin zum Ausdruck bringen, dass wir uns vielleicht auch die beim Land gültige Regelung überlegen könnten, denn die Chemie scheint hier ebenfalls sehr wichtig zu sein. Wenn der Bürgermeister nicht mit dem Magistratsdirektor kann, ist ein Arbeiten nicht gerade sehr sinnvoll.

Und an dieser Stelle sage ich nochmals: Wir haben meiner Ansicht nach viele qualifizierte Mitarbeiter beim Magistrat und davon haben sich einige für diese Funktion beworben. Wir brauchen keinen Wunderwuzi von außen. Das letzte Universalgenie war Herr Goethe, aber der ist auch schon ein paar hundert Jahre tot. Ich denke mir, dass wir in der Lage sind, dieses „Schiff“ Magistrat mit seinen qualifizierten Mitarbeitern gut im 3. Jahrtausend weiterzuführen. Und die Neubesetzung dieses verweisten Postens hätten wir uns schon lange ersparen können.

GR. Prof. Mag. Teubl: Dieser Antrag der Freiheitlichen Partei dahingehend, dass die Regelung, wonach der Stadtsenat den Magistratsdirektor auf Vorschlag des Bürgermeisters zu bestellen hat, fallen soll, kommt natürlich, wie wir alle wissen, aus einem ganz konkreten Anlass heraus. Dieser konkrete Anlass ist im derzeitigen Theater um die Bestellung des neuen Magistratsdirektors gegeben, das uns jetzt schon seit einigen Monaten beschäftigt.

Ich möchte dem Kollegen Humer durchaus zustimmen, wenn er sagt, dass es in Bezug auf den Magistratsdirektor natürlich darauf ankommt, dass er mit dem Bürgermeister kann bzw. umgekehrt. Und hier verweise ich auf ihren Antrag, in welchem steht: „Die Leitung des inneren Dienstes obliegt unter der unmittelbaren Aufsicht des Bürgermeisters dem Magistratsdirektor.“ Wenn man das so liest, merkt man schon, dass diese Zusammenarbeit eine sehr enge ist und dementsprechend ist die Bedeutung der Chemie, welche zwischen diesen beiden Personen besteht, nicht zu unterschätzen. Daher ist diese Regelung im Statut, wonach der Bürgermeister ein Vorschlagsrecht hat, durchaus sinnvoll.

Normalerweise ist das alles überhaupt kein Problem, denn der Bürgermeister schlägt vor und die Zustimmung des Stadtsenates ist dann eher als etwas Formelles zu sehen. So war es zumindest bisher, aber die Mehrheitsverhältnisse liegen jetzt anders. Und diese neuen Mehrheitsverhältnisse wurden von zwei Parteien, der FPÖ und der ÖVP, dazu ausgenutzt, dem Bürgermeister ein's auszuwischen. So sehe ich das zumindest und ich glaube, so sehen das sehr viele.

Der im Dezember vom Bürgermeister dem Stadtsenat vorgeschlagene Bewerber wurde somit mehrheitlich abgelehnt. Es wurde zwar niemals gesagt, dass der vorgeschlagene Bewerber nicht qualifiziert gewesen wäre, aber es war halt nicht jener Bewerber, den sich diese beiden Parteien als Magistratsdirektor vorstellten.

In der Öffentlichkeit wurde darüber diskutiert, ob es ein interner oder externer Bewerber sein sollte. Darüber kann man sicher diskutieren und ich denke, sowohl für die eine als auch für die andere Auffassung spricht so manches.

Dann hatten wir heuer in einer Stadtsenatssitzung bereits die Situation, dass der Herr Bürgermeister drei verschiedene Bewerber hintereinander vorschlug, unter denen sich auch ein externer Bewerber befand. Es wurde aber auch hier allen drei Bewerbern von

der FPÖ und der ÖVP die Zustimmung versagt, und zwar – hier plaudere ich bestimmt kein Geheimnis aus – ohne Diskussion. Es wurde also nicht einmal darüber diskutiert oder es wurde nicht einmal begründet, warum man jeden dieser drei Bewerber ablehnte. Man hat vielmehr eine Machtdemonstration vorgenommen, die ihresgleichen sucht.

Wir haben natürlich in der Zwischenzeit alle zusammen vernommen, worum es hier gegangen ist. Es ging nicht darum, dass der Herr Bürgermeister schlechte Kandidaten vorgeschlagen hätte, dass die Bewerber nicht ausreichend qualifiziert wären und in Wirklichkeit ging es auch nicht darum, wo genau sie von der Objektivierungskommission her in der Reihung standen, sondern es ging vielmehr darum, dass nach Auffassung von FPÖ und ÖVP ein ganz bestimmter Bewerber das Rennen machen hätte sollen. Es ist das ein Bewerber, der nach außen hin unabhängig ist, weil er keiner Partei angehört, der aber im Dunstkreis der FPÖ angesiedelt ist und der, wie wir wissen, seinerzeit unter Minister Gorbach im Verkehrsministerium einen Posten erhielt, von dem zumindest einige Zeitungen meinen, dieser sei eigens für ihn geschaffen worden. Obendrein, wie das Profil berichtet, gehört dieser Bewerber einer schlagenden Burschenschaft an. Diese Burschenschaft heißt, glaube ich, „Germanen in Oberösterreich“ und auf ihrer Homepage betiteln sie sich selbst als Obergermanen. Und diese Burschenschaft ist, wie wir vom „Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands“ wissen, eindeutig dem rechtsradikalen Milieu zuzuordnen.

So erhebt sich nun die Frage, ob wir tatsächlich einen Magistratsdirektor haben wollen, der dem rechtsradikalen Milieu entstammt. Ich glaube, das wollen wir nicht haben. Das will halt auch der Herr Bürgermeister nicht und insofern kann ich ihn gut verstehen, dass er diesen Kandidaten nicht vorgeschlagen hat. Das ist es, was sie jetzt ärgert und was sie zu diesem vorliegenden Antrag veranlasste. Das ist aber eine Anlassgesetzgebung, wofür wir nicht zu haben sind. Wir wollen haben, dass es so bleibt!

StR. Lehner: Ich geh' jetzt nicht auf irgendwelche Unterstellungen ein, sondern vielmehr darauf, ob wir es hier wirklich mit einer Frage der Chemie zu tun haben. Muss also der Magistratsdirektor sozusagen chemisch – man könnte auch „parteimäßig“ sagen – mit dem Bürgermeister abgestimmt sein?

Grundsätzlich haben wir eine ganz klare Situation. Es ist so, dass die Funktionsperiode des Magistratsdirektors nicht auf die Funktionsperiode des Bürgermeisters abgestimmt ist. Daraus ergibt sich logischerweise, dass es immer wieder zu Änderungen kommt, wobei sich aber der Bürgermeister „seinen“ Magistratsdirektor nicht aussucht. Das ist ein Faktum, wobei es auch Faktum ist, dass sich chemische Verhältnisse ändern können oder sich irgendwelche Animositäten bilden. Das haben wir beispielsweise in Zusammenhang mit dem letzten Magistratsdirektor erlebt. Da hat es zuerst eine große Zustimmung gegeben und in weiterer Folge entstand eine gewisse Distanz. Das ist halt im menschlichen Miteinander nichts Außergewöhnliches. Somit stellt das Ganze keine Frage der Chemie dar, sondern eine Frage der fachlichen Verifikation dar, also ob einer oder eine geeignet als MagistratsdirektorIn erscheint. Ja oder nein! Und wenn eine Mehrheit befindet, dass jemand geeignet ist, dann soll auch tatsächlich in einem Gremium eine Mehrheit gefunden werden können, in einem Gremium, das für diese Entscheidung zuständig ist. Und zuständig ist nun einmal der Stadtsenat.

Aus diesem Grund gibt es unsererseits ein klares Ja zu diesem vorliegenden Antrag, weil es hier einer Klarheit bedarf. Nach den bisherigen Vorgängen scheint es so, als bedürf-

te es diesbezüglich einer größeren Klarheit. Ist es so, dann muss man das einfordern, und das werden wir als ÖVP machen.

GR. Raggl-Mühlberger ist ab 17.32 Uhr wieder in der Sitzung anwesend.

GR. Reindl-Schwaighofer: Ich denke, wir haben alle über die Medien diese Posse, um nicht Provinzposse zu sagen, miterlebt, die sich so rund um die Bestellung des neuen Magistratsdirektors abspielte.

Ich bin dem Herrn Gemeinderat Teubl sehr dankbar dafür, dass er den chronologischen Ablauf darstellte, und vor allem auch die politischen Implikationen. Diejenigen, die in der Öffentlichkeit so taten, als ginge es ihnen nur um ein Fortschreiten der Arbeit im Magistrat, hatten im Hintergrund offenbar schon eine Vereinbarung, die auf eine bestimmte Person gerichtet und für den Bürgermeister nicht akzeptabel war. Auch wenn man jetzt nicht darüber redet, ist das eine Tatsache, die nicht vom Tisch zu wischen ist. Man bemüht sich zwar, die Vorgangsweise mit bestimmten Argumenten zu unterstützen, beispielsweise dahingehend, dass wir einen Sanierer brauchen, dann wird aber jemand vorgeschlagen, der seine berufliche Laufbahn in einem Ministerium machte. Dann gibt es das Argument, dass es ein Unabhängiger sein müsse, aber tatsächlich wird einer vorgeschlagen, der im Dunstkreis eines FPÖ-/BZÖ-Ministeriums groß wurde und letztlich auch noch Versorgungsjobs bekam, ehe er dann doch vom Ministerium weging.

Wenn das sozusagen die Diskussion darstellt, dann weiß ich, worum es tatsächlich geht, meine sehr geehrten Damen und Herren der FPÖ und der ÖVP. Euch ging es darum, einen Wahlkampf zu machen. Ihr geht offenbar davon aus, dass es demnächst eine Wahl gibt und man hofft, dass nachher kein Stein auf dem anderen bleibt. Und angesichts dessen musste man sich so aufführen, wie ihr das bislang getan habt. Wenn am Schluss nur mehr übrig bleibt, dass wir mit den Leuten arbeiten müssen, über die jetzt die Zeitungen voll sind und für die die berühmte Unschuldsvermutung gilt, dann wünsche ich uns in der Stadt viel Glück.

Ich denke, wir sollten uns ganz einfach überlegen, was für uns gemeinsam die Funktion des Magistratsdirektors bedeutet. Das ist doch der Chef des „Inneren Dienstes“ und wenn ihr 1.500 Mitarbeiter des Magistrats, die eine hervorragende Arbeit leisten, unisono als nicht geeignet erklärt und zum Ausdruck bringt, dass davon niemand in Frage kommt, dann ist das schlechthin eine Sauerei gegenüber den Mitarbeitern, denen ich allen Respekt für ihre Arbeit aussprechen will.

Diese Frage der Neubestellung des Magistratsdirektors wurde leider schon sehr hoch gespielt und es wird dabei nur mit doppelten Tricks gearbeitet, was nichts mehr mit der Realität zu tun hat.

Ich bedanke mich beim Bürgermeister dafür, dass er solch eine Geduld hat und mit solch einer Akribie die Geschichte weiterverfolgt. Man muss es sich ja im Mund zergehen lassen, dass sogar ein externer Kandidat, wie vorher schon postuliert wurde, den der Bürgermeister vorschlug, zur Ablehnung gelangte, obwohl wir wissen, dass es sich bei demjenigen um ein ÖVP-Mitglied bzw. um jemanden handelt, der zumindest im Dunstkreis der ÖVP steht.

Überlegt man sich das alles, dann weiß man eben – ich sagte es schon – worum es geht. Es geht hier nicht primär um den Magistratsdirektor, sondern um das höchste

Ausmaß an Unruhe in der Stadt. Dafür habt ihr gesorgt und ich kann euch nur Glück wünschen, wenn ihr so weitermacht.

Vzbgm. Dr. Wieser: Ich habe nicht gedacht, dass das tiefe Niveau, das bei Herrn Magister Teubl in seiner Wortmeldung zu Tage trat, noch einmal überboten werden könnte. Sie, Herr Reindl-Schwaighofer, haben dies jedoch zusammengebracht und eigentlich ist es unglaublich, was sie hier hervorbringen. Sie reden hier von einer Sauerei, weil ein Abstimmungsergebnis im Stadtsenat nicht auf ihren Geschmack trifft. Bitte, was haben sie denn für ein Demokratieverständnis? Da gibt es Gesetze und der Herr Bürgermeister darf vorschlagen, aber der Stadtsenat bestimmt dann eben, ob dieser Vorschlag angenommen wird oder nicht. Das ist nun einmal so!

Wo war denn vor zehn Jahren ihr Aufschrei, als Herr Dr. Schweiger als Externer gekommen ist? Haben sie damals geschrien und argumentiert, dass sich 1.500 Magistratsmitarbeiter darüber aufregen, weil es ja so viele Experten im eigenen Haus geben würde usw. Also, damals war ihnen Herr Dr. Schweiger recht – ich glaube, er war allen recht und Herr Dr. Koits als Bürgermeister hat ihn bestellt – nur war er eben auch ein Externer. Es ist somit ganz klar, dass es nicht unbedingt ein Interner sein muss, sondern auch ein Externer sein kann.

Und dann wird also von einer Sauerei gesprochen, nur weil hier Parteien miteinander reden? Um Gottes Willen, wo leben sie eigentlich? Wie lange sind sie denn schon im Gemeinderat? Wie oft haben sie bzw. wie oft hat denn die SPÖ schon mit der ÖVP, vielleicht sogar mit uns über irgendein Thema gesprochen, womöglich über eine Personalia, und dann ist es auf einmal eine Sauerei, wenn das andere tun? Das ist doch unglaublich!

Was Herr Magister Teubl hier zum Besten gibt, das ist sowieso unvorstellbar. Wissen sie denn nicht, dass in Österreich niemand wegen seiner religiösen, rassistischen Herkunft oder wegen seiner politischen Gesinnung verfolgt werden darf?  
(Zwischenrufe!)

Da wird jemand sogar ins rechtsradikale Milieu gestellt und ich frage sie, wie sie sich eigentlich hier im Gemeinderat der Stadt Wels fühlen. Da sitzen hier herinnen drei Angehörige einer schlagenden Verbindung und angesichts dessen müssten sie, geht es nach ihrer Auslegung, eigentlich Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft machen. Es ist doch unvorstellbar, was sie hier dem Herrn Franzmayr unterstellen.

Bgm. Dr. Koits: Ich würde sie darum bitten, hier keine Namen von Bewerbern zu nennen! Leider sind diese schon nach außen gedrungen, aber.....

Vzbgm. Dr. Wieser: Herr Bürgermeister! Wer ist denn so dumm und weiß nicht, von wem hier die Rede ist?

Bgm. Dr. Koits: Bitte, ich sage nochmals, dass die Namen der Bewerber hier im Gemeinderat nichts verloren haben. Das sind ja Menschen, die sonst wo eine Arbeitsstätte haben oder auch im eignen Haus und es ist aus verschiedenen Gründen nicht jedem Recht, in der Öffentlichkeit genannt zu werden.

Herr Dr. Csar hat mir gerade erst dieser Tage ausgerichtet, ich möge bei einer neuerlichen Ausschreibung dafür Sorge tragen, dass keine Namen nach außen dringen. Da

kann ich ihm eigentlich nur 100-prozentig zustimmen, aber das gilt dann auch bis hin zur Entscheidung für die Stadtsenatsmitglieder. Meine Erfahrung ist nämlich jene, dass gewisse Dinge, die bei aller nötigen Offenheit einem bestimmten zuständigen Kreis bekannt sind, nicht dort bleiben, wo sie eigentlich hingehören. Namen haben in der Öffentlichkeit nichts verloren, denn sonst wird sich kein Mensch mehr bei der Stadt Wels für irgendeine Funktion bewerben.

Vzbgm. Dr. Wieser: Wieso kommt jetzt ihr Einwurf so spät, Herr Bürgermeister? Zuvor wurde von Herrn Magister Humer doch Herr Dr. Spitzer als Bewerber für diesen Posten genannt und sie sind nicht eingeschritten?

Zwischenruf Reindl-Schwaighofer: Der stand eh schon in der Zeitung!

Vzbgm. Dr. Wieser: Aha, aber die politische Gesinnung, die hier an den Tag gelegt wird, ist ja trotzdem unglaublich. Da wird ganz einfach eine Verbindung zum rechtsradikalen Milieu hergestellt. Wissen sie eigentlich, Herr Magister Teubl, dass von 1949 bis 1962 in Wels ein gewählter Bürgermeister amtierte, der Zeit seines Lebens einer schlagenden Verbindung angehörte? Wissen sie das? Der hatte so einen langen Schmiss im Gesicht! Dieser Bürgermeister war allerdings nicht von uns nominiert. Wie auch immer, es gibt niemanden in Wels, der sich deshalb aufregt oder behaupten würde, dass einer nur deshalb, weil er bei einer bestimmten Verbindung war, dem rechtsradikalen Milieu angehören würde.

Oder wie viele Angehörige diverser Burschenschaften, seien es Obergermanen oder sonst welche, waren denn auch Mitglied beim Bund Sozialistischer Akademiker hier in Wels? Das waren lauter wohlgeachtete und wohlgeehrte Bürger, die einer ihnen nahestehenden Organisation sehr willkommen waren. Aber jetzt geht es zufälligerweise einmal um die Funktion des Magistratsdirektors und da wird gleich der Kübel über einen Bewerber ausgeschüttet, der im Rahmen seiner Tätigkeit unter einer sozialdemokratischen Ministerin eine so gute Arbeit verrichtete, dass er bei einer Neubewerbung wieder an erster Stelle gereiht wurde. Er hat diesen Posten aber nicht bekommen, weil ihm jemand anderer vorgezogen wurde.

Fragen sie doch einmal die Frau Bureš, was sie von diesem Mann bzw. diesem Bewerber hält!

Zwischenruf GR. Reindl-Schwaighofer: Doris Bures!

Vzbgm. Dr. Wieser: Also, auf diesem Niveau, muss ich sagen, Herr Reindl-Schwaighofer und Herr Mag. Teubl, wurde hier herinnen noch nie diskutiert. Es ist das Tiefste, was ich heute hörte!

Bgm. Dr. Koits: Ich darf an dieser Stelle auch darum ersuchen, Namen ordentlich zu zitieren bzw. auszusprechen, etwa im Fall der Frau Ministerin Bures. Es ist ein Zeichen des Respektes, den jeweiligen Namen korrekt auszusprechen.

Abgesehen davon möchte ich darum ersuchen, im Rahmen der Diskussionen doch mehr auf die Wortwahl zu achten.

GR. LAbg. Dr. Csar: Mein Name ist Peter Csar und ich gehöre keiner schlagenden Verbindung an.

Zwischenruf: Bravo!

Zwischenruf Vzbgm. Dr. Wieser: Ach so?

GR. LAbg. Dr. Csar: Das ist aber selbstverständlich! Es geht mir auch nicht um eine Diskussion über irgendwelche Personen. Und ich möchte gleich vorwegschicken, dass es schade, peinlich und unangenehm ist, dass über die Medien die Namen der Persönlichkeiten, die sich beworben haben, verlautbart wurden. Das hat sich in einem solchen Bewerbungsverfahren niemand verdient. Wir müssen doch froh und dankbar sein, dass sich viele fähige Personen dafür beworben haben, ganz egal wie das Verfahren ausgeht.

Man muss aber auch schauen, wie es weitergehen kann, weil das wichtig ist, dass wir in Wels einen Magistratsdirektor haben. Ich bekenne mich dazu, dass die Funktion des Magistratsdirektors eine ganz bedeutende für den Magistrat ist, für die Stadt Wels, aber auch für die Politik. Und daher brauchen wir dort einen Mann oder eine Frau, welcher oder welche die Fähigkeiten dafür hat, und das möglichst bald. Diese Bestellungen sollte umgehend erfolgen.

Die Position eines Magistratsdirektors beinhaltet viele Eigenschaften, die hier sozusagen zu vereinen sind. Er muss eine Persönlichkeit sein, die über die Parteigrenzen hinweg wirken kann und die über die Parteigrenzen hinweg akzeptiert wird. Er muss aber insbesondere bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die gehörige Autorität besitzen, um für eine entsprechende Umsetzung der Maßnahmen Sorge tragen zu können. Daher ist es wichtig, dass wir einen guten Mann, eine gute Frau in dieser Position haben. Und das bisherige Auswahlverfahren soll keine Abqualifikation von Kandidatinnen und Kandidaten bedeuten.

Der heutige Antrag stellt sicher keine Lösung für die Sache dar, die jetzt vor uns liegt, sondern nur für die Zukunft. Es ist aber wichtig, in die Zukunft zu schauen, um hinkünftig vielleicht eine Lösung erreichen zu können, ohne wieder in das Dilemma hineinzuschlittern, wie wir es jetzt haben, beispielsweise mit Gutachten hin und Gutachten her. Wir brauchen also eine Regelung, die eindeutig besagt, wer wen bestellt und wer entscheidungskompetent ist.

Die Bestellung des LAD, des Landesamtsdirektors, wurde heute bereits angesprochen. Da ist es so, dass der LH vorschlägt und die Regierung beschließt. Und bei der Stadt Wels ist es so, dass der Bürgermeister vorschlägt und der Stadtsenat beschließt. Das ist nun einmal so und ich kann nur sagen: Bitte nachzulesen! Es ist also nichts Atypisches, was wir in unserem Statut stehen haben. Offensichtlich gibt es aber Schwierigkeiten und deshalb gehört das für alle Zukunft gelöst.

Ich möchte aber zurückkommen und festhalten, dass es mir wichtig ist, möglichst rasch einen Magistratsdirektor oder eine Direktorin zu bekommen. Daher ist es wichtig, ein Prozedere festzulegen, wie wir tatsächlich zu einem Magistratsdirektor kommen. Wie soll es weitergehen? Zur Zeit haben wir Stillstand. Wir wissen nicht, was kommt. Derzeit muss der stellvertretende Magistratsdirektor die Aufgaben miterledigen, was jedoch auf Dauer keine Lösung darstellt. Wir müssen uns also überlegen, was getan werden kann, um ein Bestellungsverfahren zum Abschluss bringen zu können, egal wie dieses aussehen mag oder wie immer wir dort hinkommen. Daher ist es höchst an der Zeit, genau hier anzusetzen, und zwar neben dem heutigen Antrag, der auf die Zukunft ausgerichtet

ist. Und hier trifft meiner Ansicht nach die stimmenstärkste Partei, die SPÖ, welche ja auch die Partei des Bürgermeisters ist, die Aufgabe und die Verantwortung, das Federlein in die Hand zu nehmen und alle Fraktionen einzuladen, um darüber zu reden, wie weiter vorgegangen werden könnte. Der Zustand, wie er jetzt ist, ist unerträglich und gehört sofort gelöst.

GR. Haböck: Eigentlich wollte ich mich bei diesem Punkt nicht zu Wort melden, aber es bedarf doch einer Wortmeldung, weil die Vorgänge rund um die Bestellung des neuen Magistratsdirektors nicht nur eine Posse darstellen, sondern in meinen Augen schlichtweg skandalös sind. Das beginnt bei der SPÖ und auch bei den GRÜNEN, weil die SPÖ einfach nicht akzeptieren kann – Herr Teubl sagte, dass das nie ein Problem war, denn der Bürgermeister hat vorgeschlagen und der Vorschlag wurde problemlos abgeknickt, nur waren das Zeiten vor dem Jahr 2009, wo die SPÖ ganz einfach eine andere Stimmenstärke hatte in der Welser Stadtpolitik – dass es auch einmal jemanden an der Spitze der Beamtschaft geben könnte, der nicht unbedingt aus ihren Reihen kommt. Bis heute konnte es die SPÖ nicht verwinden, dass sie im Jahr 2009 die absolute Mehrheit verloren hat und demnach einige Prozesse nunmehr anders gehandhabt werden müssen bzw. dass sich andere Mehrheiten ergeben könnten. Würden wir als drittstärkste Fraktion jedes Mal solch ein Theater machen, wenn sich im Gemeinderat oder im Stadtsenat eine Mehrheit findet, die sich gegen unsere Vorschläge oder Anträge richtet, das wäre dann eine richtige Suderei. Heute haben zum Beispiel die SPÖ und die FPÖ gemeinsam etwas beschlossen, das nicht unser Einverständnis hat, aber wir akzeptieren nun einmal, dass es demokratische Mehrheiten gibt, was sie anscheinend nicht können.

Und bezüglich Chemie auch noch etwas. Natürlich muss der Bürgermeister mit seinem höchsten Beamten professionell zusammenarbeiten können, aber zu sagen, dass eine professionelle Zusammenarbeit nur dann möglich ist, wenn es sich um einen internen Kandidaten handelt – auch bei Firmen kann es so und so sein – dann stehen wir auf einem Standpunkt, angesichts dessen wir uns eine öffentliche Ausschreibung gleich einmal ersparen hätten können. Ich weiß nicht, aber da könnte sich der Bürgermeister ganz einfach einen internen Kandidaten aussuchen und dann ist es eben so.

Natürlich ist alles Posse, was der SPÖ nicht passt. Aber interessant ist trotzdem, was der Kollege Reindl-Schwaighofer zuerst sagte, nämlich dass wir Unruhe in die Stadt bringen würden. Also, die Welt wird sicher nicht untergehen, wenn über den Magistratsdirektor diskutiert wird. Da gibt es ganz andere und emotional wichtigere Themen, zum Beispiel die heute schon zitierte Spitalsreform, wo die SPÖ überhaupt kein Problem damit hat, Unruhe in die Bevölkerung hineinzubringen, wenn sie mit Lügen hausieren geht, etwa in der Richtung, dass die Gesundheitsversorgung nicht mehr gewährleistet sei. Es sieht ja geradezu so aus, als würde in Wels alles wegsterben, weil in Wels alles zugesperrt wird. Da haben sie kein Problem mit der Unruhe, aber bei der Besetzung eines Beamten-Spitzenpostens wäre es auf einmal etwas, das mit einer Unruhe verbunden ist, nur weil etwas geschieht, das nicht in das Schema der SPÖ passt.

Und jetzt komme ich noch zur Geduld des Bürgermeisters. Nun, wenn ich die rechtliche Situation richtig im Kopf habe, glaube ich schon, dass dieser Posten auf jeden Fall besetzt werden muss, und zwar zügig. Und wenn es schon eine unklare Bestimmung gibt – deshalb finde ich die Resolution völlig in Ordnung – eine Verfassungsbestimmung, die 60 Jahre funktionierte, dann ist es doch völlig logisch, dass man probiert,

eine Anpassung dieser Bestimmung im Gesetz zu erreichen. Ich finde, das ist demokratiepolitisch durchaus sinnvoll. Es ist doch legitim, dass sich Mehrheiten finden, die erreichen wollen, Gesetzesbestimmungen so zu gestalten, dass ein besserer, effizienterer und schnellerer Ablauf gewährleistet ist. Es ist ja nicht im Sinne des Gesetzes, dass Dinge endlos dauern – so habe ich das zumindest aus meiner Einführungsvorlesung in Jus mitgenommen – bzw. müssen im Zweifel Bestimmungen eng ausgelegt werden. „Eng ausgelegt“ heißt zum Beispiel in unserem Fall, dass so rasch wie möglich ein Spitzenposten nachzubesetzen ist, nicht erst irgendwann, vielleicht in einem halben Jahr, nach ein oder zwei Jahren, wie es einem halt so passt.

Was für mich der wirkliche Skandal ist – wer mich kennt, weiß, dass ich wirklich weit entfernt von Burschenschaften und vom Gedankengut der FPÖ stehe, das heißt, ich bin diesbezüglich höchst unverdächtig – das ist der Umstand, wie in dieser Stadt mit vertraulichen Daten über Bewerbungen für Spitzenposten umgegangen wird. Ich kann mir nur denken, aus welcher Richtung das kommt, wenn nämlich vom „infoladen“ und von der Sozialistischen Jugend auf „roteswels.at“ Daten von einem Bewerber verbreitet werden, der einem politisch nicht passt. Da steht alles drinnen, vom Namen bis zum Lebenslauf. Gerade noch, dass die Wohnadresse nicht dabei steht. Das nenne ich dann einen politisch motivierten Skandal gegenüber politisch Andersdenkenden. Es ist unerhört, was hier abgegangen ist. Ich hoffe nur, dass sich diese Zustände nicht wiederholen werden. Wenn nämlich von politischer Seite, sprich von Seite der Stadt, des Stadtsenates, des Gemeinderates, von Magistratsmitarbeitern oder Parteien so mit Daten umgegangen wird, dann erschüttert dies das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger im Bereich des sensiblen Datenschutzes, wofür ich überhaupt kein Verständnis habe.

GR. Kirchmayr: Ich darf ebenfalls erklären, dass ich keiner Burschenschaft angehöre.

Wir diskutieren heute über etwas, wo man sagen muss, dass das Ansehen der Stadt längst weg ist. Und es schaut so aus, als würde es heute in dieser Richtung weitergehen, wobei ich die Wortmeldung des Kollegen Csar ausnehmen möchte, der wirklich Wichtiges zu sagen hatte. Er ist bei der Sache geblieben und ich danke ihm dafür. Du hast aber auf eine Kleinigkeit vergessen. Ich glaube nämlich, dass der Magistratsdirektor mit einem Bezirkshauptmann gleichzustellen ist – da gibt es für ihn die gleichen Aufgaben wie für einen Bezirkshauptmann – und jeder Bezirkshauptmann im Land Oberösterreich hat die entsprechende Dienstprüfung absolviert. Und bei der Ausschreibung für den Magistratsdirektor war eines der vier Hauptkriterien, dass jeder Bewerber die Dienstprüfung abgelegt hat. Wäre man danach wirklich vorgegangen, wäre so mancher Externer von vornherein herausgefallen und wir hätten uns die ganze Diskussion ersparen können. Der letzte Magistratsdirektor, Herr Dr. Schweiger, war auch ein Externer, er verfügte aber über die bei uns notwendige Dienstprüfung.

Mir ist es ganz egal, wie viele Schmissee ein Kandidat auf der linken oder auf der rechten Wange hat – wenn er auf der Stirn auch noch einen Schmiss hat, ist mir das ebenfalls egal – aber wichtig erscheint mir, dass einer so wie ein Bezirkshauptmann über die entsprechende Dienstprüfung verfügt.

Und so ersuche ich darum, diese Diskussion zu beenden, die ja nicht weiter zielführend ist, und die ganze Sache neu auszuschreiben.

GR. Prof. Mag. Teubl: Herr Dr. Csar sagte zuerst, es gehe darum, durch eine Änderung der Bestimmungen das Dilemma zu beseitigen. Dieses Dilemma hätte es gar nicht



gegeben, wenn sie zumindest einem der drei Vorschläge des Bürgermeisters zugestimmt hätten. Das muss man dazu ebenfalls sagen. Ich glaube nicht, dass es möglich ist, so lange nein zu sagen, bis endlich der Kandidat an die Reihe kommt, den man haben möchte. Das ist mit dem Vorschlagsrecht des Bürgermeisters sicher nicht gemeint. Auch wenn ich kein Jurist bin, muss ich sagen, dass mir diese Auslegung der zwei Parteien doch etwas zu gewagt erscheint.

Nun aber kurz eine Replik auf Herrn Dr. Wieser. Sollten sie mich missverstanden haben, Herr Dr. Wieser, dann möchte ich klarstellen, dass ich in keinsten Weise jemanden verfolgen möchte, der einer Burschenschaft angehört. Davon ist keine Rede, aber andererseits werden sie mir vielleicht zugestehen, dass mir das nicht so sympathisch ist. Jedenfalls kann von Verfolgung keine Rede sein. Ich weiß schon, dass es jetzt die neue Strategie ist, immer gleich von Verfolgung zu sprechen, so wie das mit dem Ausspruch „Wir sind die neuen Juden“ zum Ausdruck kommt. Es gibt also keine neue Verfolgung, sondern ich habe lediglich zitiert, dass das „Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes“ die Burschenschaft „Oberösterreichischer Germanen“ in Wien dem rechtsextremen Milieu zurechnet. Sonst nichts!

Zwischenruf Vzbgm. Dr. Wieser: Die werden eh alle verfolgt!

Bgm. Dr. Koits: Noch einmal! Ich bitte darum, bei der Wortwahl vorsichtig zu sein, denn was einmal ausgesprochen ist, kann so leicht nicht mehr zurückgenommen werden. Ich muss das wirklich so deutlich sagen. Ich unterscheide hier nicht zwischen den Parteien, das heißt, dieser Appell richtet sich an alle. Wir sind hier im Gemeinderat und nicht sonst irgendwo!

GR. Schönberger: Nachdem wir bei einem vorausgegangenen Tagesordnungspunkt von Verwaltungsreformen gesprochen haben, möchte ich sagen, dass ich es für durchaus sinnvoll empfinde, einen Menschen als Magistratsdirektor einzusetzen, der von diesem Apparat, also dem Magistrat Wels, sehr gute Kenntnisse hat. Wenn wir über Reformen reden, dann meine ich, dass wir letztlich auch über Dinge reden, die als Leistungen gegenüber der Welser Bevölkerung verloren gehen könnten und wir reden auch über Dinge, die am Ende eine gewisse Zahl an Dienstposten wegbringen bzw. kosten. Und wenn es schon notwendig ist, sich mit solchen Dingen zu befassen, dann braucht man meines Erachtens sehr gute Kenntnisse über den Betrieb, sehr viel Fingerspitzengefühl, und so meine ich, dass man doch nicht einfach jeden als Magistratsdirektor ablehnen kann, der sozusagen aus diesem Betrieb herauskommt. Das nenne ich vielmehr ein Kleingeldmachen auf dem Rücken der Welserinnen und Welser. Wenn sie also wirklich vorhaben, vernünftige Einsparungen erreichen zu wollen, solche, die nicht so direkt weh tun, sondern eher im Geldsäckel zu finden sind, dann nehmen sie bitte einen, der sich wirklich auskennt, der den Apparat bereits kennt und in Zukunft lenken kann. Da kann es doch letztlich nicht auf die Partei ankommen oder darauf, dass man per se irgendjemanden bestellen will, damit halt der Bürgermeister seinen Vorschlag nicht durchbringt.

StR. Dr. Rabl: Man sieht, dass das Thema „Magistratsdirektor“ weit über die Parteigrenzen hinaus ein Anliegen ist, aber zu ein paar Richtigstellungen sehe ich mich doch noch veranlasst.

Zum Ersten, Herr Magister Teubl, Folgendes. Das „Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands“ ist ein privatrechtlicher Verein, der natürlich immer eine Meinung

abgeben kann. Es gibt ja andererseits genug Vereine, die der Meinung sind, dass die GRÜNEN linksextrem sind, Ich käme aber deshalb nicht zur Ansicht, dass alle Grünen linksextrem sind, weil ich die Meinung veretrete, dass man Menschen nach ihrem Handeln bzw. nach ihrem Tun beurteilen sollte und nicht aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu einer bestimmten Organisation. Es kommt also meines Erachtens darauf an, ob man einem Menschen etwas Bestimmtes zutraut oder nicht.

Dann meine ich, dass jemand aufgrund seiner Fähigkeiten zum Magistratsdirektor zu bestellen ist und ebenso erscheint es wichtig, dass der Magistratsdirektor eine gewisse Unabhängigkeit von allen Fraktionen und Parteien hat. Und wir glauben halt, dass diese zwei kombinierten Eigenschaften am besten bei dem Kandidaten zu finden sind, den wir zuletzt unterstützten. Wiewohl ich aber auch betonen möchte, dass grundsätzlich eine Festlegung unsererseits auf einen externen oder einen internen Kandidaten keinesfalls stattgefunden hat. Wir wollten ganz einfach den Fähigsten nehmen und dass das ein Externer war, dazu bekennen wir uns. Daran ist nicht zu rütteln bzw. haben wir diese unsere Meinung auch entsprechend publiziert, und zwar sehr deutlich.

Dass nicht jeder externe Kandidat gut sein muss, ist ebenfalls klar. Deshalb lehnten wir ja den vom Herrn Bürgermeister vorgeschlagenen Externen ab.

Übrigens: Auch Goethe ist in der Politik kläglich gescheitert, obwohl er ein Universalgelehrter war. Wie jeder weiß, wurde er schon nach kurzer Zeit als Premierminister abberufen.

Ich komme jetzt zum Kollegen Reindl-Schwaighofer und es sei mir gestattet, nur ein paar Stichworte in den Saal zu werfen, nämlich in chronologischer Form, wie ich das zumindest versuchen möchte. Es sind das: Konsum, Norikum, Bank Burgenland, AKH-Skandal, BAWAG, Telekom. Das alles sind SPÖ-Skandale, wo sich SPÖ-Mitglieder schön sanierten. Auch der Telekom-Skandal ist ein SPÖ-Skandal, wenn man bedenkt, welche Mittel von der Telekom zur SPÖ geflossen sind. Das ist ja nun auch Thema im Untersuchungsausschuss und wenn du schon das iPad in der Hand hast, dann kannst du ja gleich einmal googeln, damit du siehst, wie groß eigentlich deine eigenen Parteikollegen im Nehmen sind bzw. in der Vergangenheit groß im Nehmen waren. Der letzte Skandal war übrigens jener mit Pelinka im ORF. Dieser Mann konnte ja aufgrund der Zivilcourage zahlreicher Bürger gerade noch verhindert werden.

So schaut es also in der SPÖ aus – das ist auch ein Sittenbild – und obwohl das so ist, käme ich nicht im Ernst darauf zu sagen, dass deswegen hier im Gemeinderat jemand korrupt ist, Steuern hinterzieht oder sonst etwas macht. Nein! Ich sagte schon, es kommt auf das Handeln des Einzelnen an. Es gibt keine Kollektivschuld oder sonst etwas, denn nur der Einzelne ist verantwortlich, wovon übrigens auch unser Rechtssystem ausgeht. Und deshalb glaube ich, dass man den Leuten unabhängig von jeder Partei- oder Vereinszugehörigkeit eine Chance geben sollte. Und wir im Stadtsenat müssen nach bestem Wissen und Gewissen entscheiden, wem wir die Fähigkeiten und sonstigen Eignungen zutrauen, um dieses Amt zu übernehmen. Ich glaube, wir haben uns das nicht leicht gemacht. Es kann das nächste Mal ganz anders ausschauen.

Und ich gebe zu bedenken – da stimme ich mit Herrn Dr. Csar und auch mit Herrn Kirchmayr überein – dass es für manche Leute schwierig sein wird, sich überhaupt noch zu bewerben. Persönlich möchte ich nicht so durch den Kakao gezogen werden, noch dazu wenn ich eine Stellung habe, die halbwegs angesehen ist. Wenn ich mir dann

über die Presse ausrichten lassen muss, dass ich entweder unfähig, rechtsextrem oder sonst etwas bin, dann meine ich, dass das nicht gerade jene Art und Weise ist, mit der man mit Kandidaten umgehen sollte. Ich finde es durchaus bedauerlich, dass das so passierte, aber andererseits kann man die Geschehnisse nicht mehr zurückschrauben. Jedenfalls wird sich aber die Frage stellen, wie das künftig mit Kandidaten passiert. Sollte es zu einer Neuausschreibung kommen – dabei ist fraglich, ob das rechtlich überhaupt zulässig ist – dann wird man ja sehen, welche Auswirkung es hatte, dass die erste Auswahl in dieser Art und Weise im Bereich der Öffentlichkeit stand. Ich kann deshalb nicht sagen, ob der speziell von Herrn Teubl angesprochene Kandidat sich eine Bewerbung nochmals antut, aber es kann ihm auch niemand vorschreiben, dass er es nicht noch einmal tut. Eines kann ich aber mit Sicherheit sagen: Eine starke Persönlichkeit lässt sich durch eine derartige Berichterstattung nicht abschrecken oder sonst in irgendeiner Weise Bange machen. Was ist schon ein privatrechtlicher Verein, wenn er sagt: Dieser Kandidat ist rechtsextrem. Na ja, das ist halt auch eine Meinungsäußerung. Wir leben in einer Demokratie, in der jeder sagen kann, was er will und so ist das aus meiner Sicht nicht wirklich das Thema, um das es geht.

Wir glauben also, dass der Antrag, so wie er hier liegt, durchaus geeignet ist, dieses Problem zu beheben und ich ersuche daher um Zustimmung.

Bgm. Dr. Koits: Ich darf sie davon informieren, dass ich in der besagten Stadtsenats-Sitzung im Jänner, wo drei von mir vorgeschlagene Kandidaten abgelehnt wurden, in der Folge kundgetan habe, dass dieser Posten neu ausgeschrieben wird, weil ich von den Kandidaten keinen mehr vorschlagen konnte, der vielleicht doch eine Mehrheit findet. Das ist nun einmal die Situation und daher wird in Kürze eine Neuausschreibung erfolgen. In Hinblick darauf kann ich nur darum ersuchen, dass nicht gleich wieder von vornherein Grenzen eingezogen werden, nämlich Grenzen dahingehend, wer sich bewerben darf oder wer nicht, darf es ein interner Kandidat sein oder nur ein externer etc. Mir geht es also um eine entsprechend faire Behandlung aller Bewerber, die sich letztlich um diesen Posten anstrengen.

Zum Zweiten muss ich zugeben, möglicherweise einen Fehler gemacht zu haben. Ich habe gegenüber dem Stadtsenat Namen genannt, wobei ich mir sicher war, dass nichts hinausgehen würde, nur habe ich dann aber doch verschiedene Namen in der Zeitung lesen müssen bzw. standen diese auf einmal in der Öffentlichkeit. Ich weiß nicht, wer diese Namen bekannt gegeben hat und ich kann dies nicht nachvollziehen. Ich werde mir aber im Zuge der Neuausschreibung einen anderen Vorgang einfallen lassen müssen, denn ich möchte nicht noch einmal erleben, dass wieder jemand von den Kandidatinnen oder Kandidaten plötzlich in der Öffentlichkeit steht.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung und ich weise darauf hin, dass ein gültiger Beschluss nur mit Zwei-Drittel-Mehrheit zustande käme, denn es handelt sich hier um einen Antrag auf Änderung des Statutes.

Zwischenruf StR. Dr. Rabl: Wieso? Das ist ja nur eine Resolution!

Bgm. Dr. Koits: Ich habe diesbezüglich unsere Rechtsabteilung befragt und es ist so, dass hier ausdrücklich der Antrag auf Änderung des Statutes zum Ausdruck kommt. Und wenn sie im Statut nachsehen, werden sie feststellen, dass Anträge auf Änderung des Statutes einer Zwei-Drittel-Mehrheit bedürfen.

Der Initiativantrag (Anlage 13) wird bei

17 Ja-Stimmen (FPÖ- und ÖVP-Fraktion)  
gegen 17 Nein-Stimmen (SPÖ- und GRÜNE-Fraktion)

abgelehnt.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Stadtrat Peter Lehner

9.)

Röm.-kath. Pfarre Herz Jesu, Wels, Flotzingerplatz 22;  
Außensanierung der Kirche;  
Gewährung einer Sonderförderung  
BauD-SP-77-2011

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 30.01.2012:

Der Röm.-kath. Pfarre Herz Jesu – Neustadt, Flotzingerplatz 22, 4600 Wels, wird für Sanierungsmaßnahmen im Rahmen der Sonderförderung für sakrale Einrichtungen ein Förderungsbetrag von € 140.000,-- gewährt. Die Zahlung erfolgt in drei Jahresraten und zwar im Jahr 2012 € 40.000,--, im Jahr 2013 € 50.000,--, im Jahr 2014 € 50.000,--, jeweils entsprechend den haushaltsrechtlichen Festlegungen zum betreffenden Voranschlag.

Vor Auszahlung der Förderung sind die Investkosten mittels bezahlter Rechnungen nachzuweisen.

GR. Hacker: Die letzten 100 Jahre haben an der Herz-Jesu-Kirche, auch Dom auf der Welser Heide genannt, viele, viele Spuren hinterlassen, die zunehmend sanierungsbedürftig wurden. Die Sanierungsarbeiten dauern nun schon seit ca. einem Jahr und sind auf eine Dauer von sechs Jahren vorgesehen. Dabei sprechen wir von einem Investitionsvolumen in Höhe von ca. € 1,385 Mio., wobei noch darauf Bedacht genommen werden soll, dass durch die Pfarrgemeinde Herz Jesu selbst der doch ziemlich beträchtliche Betrag von € 585.000,-- aufgebracht werden muss.

Für dieses Vorhaben gebührt also ein besonderes Lob. Und es ist auch irgendwo lobend hervorzuheben, wenn, wie der zuständige Referent bereits ausführte, die Stadt Wels dazu bereit ist, auf drei Jahre verteilt einen Investitionszuschuss von insgesamt 140.000 Euro zu gewähren. Es ist aber, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wichtig zu sehen, dass es auch im Interesse der Stadt liegt, wenn nicht nur historisch wertvolle, sondern auch sakrale Bauwerke erhalten bzw. saniert werden.

Der Antrag zu Punkt 9. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

10.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend  
Bebauungsplan Nr. 217/A.1 (Stadtteil: Lichtenegg)  
BZ-BauR-6010-2011

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 30.01.2012, der Gemeinderat möge die als Anlage 14 beigefügte Verordnung betreffend Bebauungsplan Nr. 217/A.1 (Stadtteil: Lichtenegg) beschließen.

Einstimmig angenommen.

11.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend  
Bebauungsplan Nr. 419/1.3 (Stadtteil: Neustadt)  
BZ-BauR-6004-2011

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 30.01.2012, der Gemeinderat möge die als Anlage 15 beigefügte Verordnung betreffend Bebauungsplan Nr. 419/1.3 (Stadtteil: Neustadt) beschließen.

GR. Schönberger: Wir haben es hier mit einem sehr sensiblen Stadtteil zu tun bzw. liegt dieses Vorhaben in der Nähe der Straubinger-Siedlung. Es mag schon sein, dass dort 160 Garagen dringend benötigt werden und es wird da draußen bei uns kaum eine Tiefgarage mit einem derartigen Fassungsvermögen geben.

Auf der anderen Seite möchte ich mir wirklich wünschen, wenn man schon solch einen Platz mit Garagen schafft, der sozusagen hinter den Betrieben am Rande der Autobahn liegt, nicht ein derart verwinkeltes Labyrinth zu schaffen, wie das nach der Planung vorgesehen ist. Vielmehr sollte alles sehr einsichtig gestaltet werden, damit sich auch Frauen eher getrauen, dort mit den Autos hinzufahren und die Autos einzugaragieren. Ich würde also darauf pochen, dass dem Betreiber dieses Projektes sehr wohl gewisse Dinge aufgetragen werden und nicht vielleicht irgendwelche Übergriffe in dunklen Ecken stattfinden können. Vor solchen Dingen möchte ich jedenfalls warnen.

160 Garagen in dieser Anordnung, wie sie hier auf der Leinwand planlich zu sehen sind, stellen nicht nur ein Problem in Bezug auf die Beleuchtung dar – da gibt es sozusagen verschiedenen Verstecke – sondern auch ein Problem in Hinblick auf die Schneeräumung. Darauf habe ich bereits im Ausschuss hingewiesen. Das Einzige, was einem bei dieser Planung als Mieter einer Garage übrig bleiben wird, ist, dass man dem Nachbarn den Schnee vor das Garagentor hinschaufelt.

Solche Dinge gehören also meines Erachtens im Vorhinein geregelt. Eines wird nämlich in Zusammenhang mit solchen Vorhaben uns Politikern schon immer wieder abverlangt, nämlich dass wir solche Dinge im Voraus regeln sollten, damit es nicht hinterher zu irgendwelchen Problemen kommt. Und genau deshalb habe ich mich jetzt zu diesem Punkt zu Wort gemeldet.

GR. Prof. Mag. Teubl: Wir GRÜNE haben mit diesem Projekt ebenfalls ein Problem. Die Firma Planprojekt ist nämlich stadtbekannt für ihre nicht unbedingt sehr hübschen Planungen und die von ihr schon an mehreren Stellen ausgeführten Garagenanlagen sind ein besonderer Ausbund an Hässlichkeit. Wir finden, dass eine solche Garagenanlage überhaupt nicht mehr genehmigt werden soll. Andererseits kann man natürlich die Meinung vertreten, dass diese Lage im Bereich der Autobahn nicht gerade ein Welser Schönheitsfleck ist und dort eh schon alles wurst ist. Trotzdem meine ich, dass man sehr wohl darüber reden sollte, ob es zu gestatten ist, dass dort Fertigteilgaragen nebeneinander aufgestellt werden und davor einfach asphaltiert wird, womit man eine Menge Geld kassieren möchte, andererseits aber die Stadt nur verschandelt wird. Wir werden daher diesem Antrag nicht zustimmen.

GR. Zaunmüller: Ad hoc zwei oder drei Sätze in dieser Angelegenheit. Im Ausschuss war diese Planung tatsächlich ein Thema. Und um gleich einmal beim Argument des Herrn Kollegen Mag. Teubl zu bleiben, darf ich sagen, dass ich unmittelbar neben einer Autobahn die Nutzung eines solchen Grundstückes für Garagenabstellplätze für gar nicht so schlecht halte. Grundstücke, die an Autobahnen angrenzen, als Abstellplätze zu nutzen, das halte ich für eine vernünftige Sache.

Was die Sicherheit und die Schneeräumung betrifft, um jetzt auf die Ausführungen des Kollegen Schönberger einzugehen, meine ich, dass sich der Projektbetreiber wohl seine Gedanken hiezu gemacht haben wird. Wenn jetzt aus weiblicher Sicht – der Kollege Schönberger sprach von den Damen – der Eindruck gegeben ist, dass man sich bei diesem Garagenprojekt nicht sicher fühlt, weil vielleicht eine schlechte Ausleuchtung gegeben ist oder weil man eventuell Probleme hinsichtlich der Schneeräumung haben könnte, dann dürfte es doch so sein, dass der Betreiber sehr schnell an seine wirtschaftlichen Grenzen stößt. Ich glaube deshalb, dass der Betreiber sehr wohl seine Hausaufgaben wahrnehmen und ein ordentliches Projekt starten wird.

GR. Mag. Lehner: Sehr geehrter Herr Magister Teubl! Ich wäre an ihrer Stelle etwas vorsichtiger mit ihren Ausführungen. Sie haben heute mehrmals Welser Betriebe angegriffen und die Firma Planprojekt ist nicht deshalb stadtbekannt, weil sie schlechte Projekte umsetzt, sondern sie ist vielmehr eine gute Welser Steuerzahlerin. Ich ersuche sie deshalb, sich künftig in ihrer Wortwahl etwas gewählter auszudrücken.

Zweitens: Dieses Projekt ist meines Erachtens aufgrund seiner Situierung sinnvoll. Es schirmt den Lärm der Autobahn ab. Die Vorbehalte, die der Kollege Schönberger äußerte, teile ich allerdings. Ich habe so wie er bereits im Ausschuss meine Bedenken hinsichtlich der Beleuchtung geäußert und es ist Sache des Betreibers, für eine entsprechende Beleuchtung zu sorgen. Besonders in den Wintermonaten, in denen es sowohl in der Früh als auch am Abend dunkel ist, wenn man wegfährt bzw. nach Hause kommt, gehört eine entsprechende Beleuchtung installiert, womit dann auch einer eventuellen Kriminalität Vorschub geleistet werden kann.

Ob der Betreiber Schneeräummaßnahmen setzt oder nicht, das ist wohl seine Sache. Die wirtschaftliche Situation wird aber meines Erachtens den Betreiber dazu zwingen, die Schneeentsorgung durchzuführen. Tut er es nämlich nicht, wird er wahrscheinlich keine Garagen vermieten können. Macht er es aber, wird es mit der Vermietung bestimmt funktionieren, weil meines Erachtens ein entsprechender Bedarf gegeben ist. Es gibt auch sonst schon interessante und gut gehende Garagenprojekte, wobei das nicht einfach irgendwelche Fertiggaragen sind, die aus lauter Jux und Tollerei hingestellt

werden. Vielmehr wird das von einem Welser Unternehmen gemacht, das hier seine Steuern leistet, Herr Magister Teubl.

StR. Lehner: Kurz zusammenfassend von meiner Seite her Folgendes. Natürlich haben wir im Haus alle Möglichkeiten ausgenutzt, um einerseits die Beleuchtungssituation zu regeln, andererseits auch die Schneeräumung. Hier geht es schließlich um die Sicherheit.

Eines ist aber schon zu erwähnen und es wurde das bereits angedeutet. Der Markt funktioniert normalerweise und wenn das Projekt ordentlich ausgeführt wird – dafür steht ein Welser Unternehmen – dann wird sich ein Markt finden.

Als Planungsreferent ist es mir wichtig, dass ein gutes Miteinander mit den Anrainern, ein guter Standort für solch ein Projekt gefunden wurde, wobei ich ja ehrlich zugebe, dass städtebaulich betrachtet solche Anlagen nicht unbedingt jene sind, die man vor der Auslage haben möchte. Fest steht aber, dass diese Anlage dringend notwendig ist, denn wo parken denn die Welserinnen und Welser in vielen Fällen über den Winter hin ihre Räder? Ich denke, sie wollen ebenfalls haben, dass in der schöneren Zeit mit den Rädern gefahren wird, aber dazu braucht man halt oft eine Unterbringungsmöglichkeit in einer Garage. Ich bin also froh darüber, wenn ein Angebot geschaffen wird, um für vielfältigste Wünsche etwas anbieten zu können. Mit Hilfe dieses Projektes wird das in diesem Bereich möglich sein.

Bgm. Dr. Koits: Bevor ich abstimmen lasse, möchte ich wirklich sehr darum bitten, dass man bei der Gestaltung dieser Anlage ein besonderes Augenmerk auf bestimmte Möglichkeiten legt. Da gibt es Möglichkeiten mit einer Grüngestaltung, um sozusagen dieses Dorf, das dort hingestellt wird, etwas aufzulockern. Es gibt heute die LED-Beleuchtung, mit der man einen ordentlichen Beitrag in Richtung Sicherheit leisten kann und mit der trotzdem nicht so hohe Kosten entstehen. Und was die Schneeräumung betrifft, ist meines Erachtens eine privatrechtliche Regelung erforderlich.

Alles in allem kann ich mir somit vorstellen, dass dort etwas entsteht, das nicht nur Missfallen erregt. Wir wissen, Herr Kollege Teubl, dass wir logischerweise Parkplätze brauchen und wir können solche Anlagen nicht mitten im Zentrum errichten. Gott sei Dank gibt es aber solch ein als geeignet erscheinendes Areal neben der Autobahn, nur geht es jetzt noch um eine ordentliche Gestaltung. Das ist sozusagen ein Auftrag an die Baubehörde bzw. wird man sich zusammen mit dem Planungsträger bzw. mit dem Errichter um eine ansprechende Gestaltung bemühen müssen.

Der Antrag zu Punkt 11. der Tagesordnung wird mit

29 Ja-Stimmen (FPÖ-, ÖVP- und SPÖ-Fraktion  
ohne GR. Schönberger)  
bei 3 Nein-Stimmen (GRÜNE-Fraktion)  
und 1 Stimmenthaltung (GR. Schönberger)

angenommen.

GR. LAbg. Dr. Csar ist bei der Abstimmung zu Punkt 11. der Tagesordnung nicht im Sitzungssaal anwesend.

Dringlichkeitsantrag der ÖVP-Gemeinderatsfraktion, betreffend Abschluss einer Kooperationsvereinbarung mit dem Klinikum Wels-Grieskirchen über die Verwaltung von städtischen Alten- und Pflegeheimen:

StR. Lehner: Bei diesem Punkt geht es – wie sie schon zu Beginn der Sitzung hörten – um eine Kooperationsvereinbarung zwischen dem Klinikum Wels und der Stadt Wels, die wir uns wünschen. Wir stehen nämlich im Bereich der Altenpflege vor wichtigen Herausforderungen. Zum einen geht es um das Finden von qualifiziertem Personal – eine Zeitung schreibt heute vom Pflegenotstand, weil es immer schwieriger wird, Personal zu finden – andererseits explodieren die Kosten im Pflegebereich. Und so ist es wichtig zu schauen, wie man qualitativ hervorragende Pflege für die Zukunft absichern kann. Diesbezüglich sind wir der Meinung, dass es sinnvoll wäre, mit dem Klinikum Wels-Grieskirchen in Gespräche einzutreten und darüber zu diskutieren, wie man die jetzt schon existierende Kooperation ausweiten könnte. Vielleicht gelänge es, in dieser Kooperation eine Verbesserung für die zu betreuenden Seniorinnen und Senioren in Wels zu finden.

Für die Zukunft denken wir uns, nachdem sich gerade diese Kooperationen mit dem Klinikum immer wieder bewährten, dass ein Ausbau der Zusammenarbeit durchaus möglich erschiene. Bei diesem sensiblen Thema, wo es um unsere ältesten Mitbewohner geht, erscheint diese Kooperation wichtig. Und ich bin darüber hinaus davon überzeugt, dass Einsparungen im Bereich des Finanziellen möglich erschienen. Diese sollten aber nicht zu einer Verschlechterung der Pflege führen, sondern im Gegenteil wäre anzustreben, dass die Pflege in jener Qualität, die jetzt schon in Wels in so hervorragender Weise gegeben ist, für die Zukunft abgesichert werden kann. Das ist uns wichtig und daher wünschen wir uns eben intensive Gespräche der Referentin zu diesem Thema.

GR. Reindl-Schwaighofer zur Geschäftsordnung: Ich stelle den Antrag, dass dieser Dringlichkeitsantrag im zuständigen Ausschuss beraten werden soll.

Zwischenruf GR. Mag. Lehner: Im Sozialausschuss?

Bgm. Dr. Koits: Das wird in diesem Fall selbstverständlich der Sozialausschuss sein! Möglicherweise werden mehrere Bereiche einzubinden sein, aber der Sozialausschuss sollte zumindest vorerst einmal federführend tätig sein.

Der Geschäftsordnungsantrag von GR. Reindl-Schwaighofer auf Zuweisung gst. Dringlichkeitsantrages (Anlage 3) an den zuständigen Ausschuss zur weiteren Beratung wird

einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits: Damit sind wir am Ende der Tagesordnung angelangt. Ich danke ihnen für die rege Mitarbeit und wünsche noch einen schönen Abend. Die Sitzung ist geschlossen.



Der Vorsitzende:

Für die Fraktion der SPÖ:

Für die Fraktion der FPÖ:

Für die Fraktion der ÖVP:

Für die Fraktion der GRÜNEN:

Schriftführer: